

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES WOCHENMAGAZIN

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

**GLOBALISIERUNG
MASSIV EINSCHRÄNKEN!**

**Dringende Begrenzung
der schädlichen Einflüsse
erzwungener Globalisierung**

GLOBALISIERUNG MASSIV EINSCHRÄNKEN!

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

EINLEITUNG

Die folgenden Gedanken befassen sich mit einem Thema, das für die Zukunft aller Länder und ihrer Menschen von existentieller Bedeutung ist: Der Globalisierung. Sie findet statt in einer Zeit des gleichzeitigen Entstehens einer neuen Weltordnung: die USA wollen mit allen Mitteln ihre Stelle als globale Führungsmacht auch für die Zukunft sichern, während Russland wieder als bedeutende Macht respektiert werden will und neue Mächte, vor allem China, aber auch Indien und andere auf der Weltbühne eine wichtige Rolle spielen wollen. Diese beiden wichtigsten Triebkräfte der gegenwärtigen Phase der Weltgeschichte werden noch ergänzt durch andere, die hier besprochen werden. Sie alle sind vernetzt und verstärken sich gegenseitig. Dadurch wird die Gefahr stark erhöht, dass Konflikte ausbrechen und härter werden oder andere grossflächige Formen negativer Entwicklungen auftreten.

Die meisten Menschen bei uns führen ein weltgeschichtlich einmaliges Lu-

xusleben. Wir essen an Weihnachten Erdbeeren aus Südafrika, geniessen grilliertes US Beef, tragen einen Anzug aus China, fliegen in Flugzeugen aus Brasilien herum, legen unser Geld in Japan an, kaufen in Hongkong eine Schweizer Uhr und beschäftigen im Betrieb Inder und Polen. Dieses System heisst Globalisierung und bedeutet im Kern, dass

* sich im Prinzip jeder der 7.5 Milliarden Menschen irgendwo niederlassen und dort arbeiten darf;

* Güter und Dienstleistungen irgendwo hergestellt und irgendwo hin transportiert und dort ohne Zölle oder andere Einschränkungen verkauft werden dürfen;

* wer Geld hat, damit irgendwo auf unserem Planeten etwas unternehmen kann.

Gegenwärtig werden die Vorteile des Systems im Hinblick auf bereits gültige oder in geheimer Vorbereitung befindliche internationale Freihandels- und Investitionsschutzverträge von Politi-

kern und Medien gepriesen.

Eines der überzeugenden Argumente zur Begründung der Globalisierung ist das ökonomische Gesetz des vergleichswisen Kostenvorteils, das besagt, dass jedes Land das produzieren soll, was es im Vergleich zu allen anderen bei sich selbst produzierten Dienstleistungen und Gütern am billigsten herstellen kann. Mit diesen Gütern und Dienstleistungen soll es dann weltweit Handel treiben, und die anderen Länder sollen das mit den von ihnen bei sich am billigsten produzierten ebenfalls tun.

In den Debatten werden nur die Vorteile der Globalisierung genannt. Selten wird die Frage der Nachteile gestellt, d.h. welches die Folgen der grenzenlosen Globalisierung sind. Die Nachteile wiegen wahrscheinlich längerfristig viel mehr als die Vorteile.

Der Verfasser versucht hier, in für jedermann verständlicher Form einige der grossen Probleme der Welt darzu-

stellen. Sie alle sind mit dem Entstehen einer neuen Weltordnung und der Globalisierung vernetzt, und schaukeln sich gegenwärtig auf. Andere entscheidende Entwicklungen sind das Bevölkerungswachstum, die Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die Erschöpfung von Ressourcen, darunter das Süsswasser, und anderer negative Entwicklungen. Dabei zeigt sich, dass die Verletzlichkeit der heutigen Welt laufend zunimmt. Die hier eingebauten Beispiele und Zahlen sind meistens nur Einzelfälle, um konkret zu zeigen, um was es geht. Sie könnten leicht durch Beispiele aus anderen Ländern und Bereichen ergänzt werden. Auf detaillierte Graphiken und Listen von Statistiken wird verzichtet.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass all die globalen Daten, in denen Gremien (UNO etc.) weltweit irgendwelche Durchschnitte in \$, % etc. und anderen Einheiten nennen, bei weitem nicht so genau sind, wie sie vorgeben. Sie zeigen nur Grössenordnungen. Man stelle sich nur die sich dauernd verändernden Umrechnungskurse der verschiedenen Währungen in \$, die sehr unterschiedliche Kaufkraft eines \$ in den verschiedenen Ländern, die Schwierigkeiten der Erfassung von Daten von Millionen von Menschen, besonders in den armen Landwirtschaftsgebieten etc. vor.

Auf die vom Verfasser auch anerkannten Vorteile der Globalisierung wird hier nicht eingegangen, da das ohnehin die Medien und viele unserer

Politiker tun. In dieser Schrift werden wichtige zusätzliche Aspekte erörtert, die es gestatten sollten, selber zu entscheiden, wie die Welt, in der wir leben und die wir künftigen Generationen hinterlassen, in Zukunft aussehen soll.

PRÄMISSEN

Es ist wichtig, die Prämissen zu kennen, die den hier besprochenen Gedanken des Verfassers zu Grunde liegen.

* Der Planet Erde und alles was auf ihm lebt, ist weder lieb noch böse, aber alle Lebewesen haben nur ein Leben, stehen in Konkurrenz mit allen anderen und müssen um zu überleben andere Lebewesen fressen.

* Jeder Mensch will ein gutes Leben haben, wahrgenommen und als bedeutungsvoll gesehen werden, sowie seine Interessen durchsetzen. Um das Leben zu meistern, braucht es Realismus und öfters auch eine gewisse Härte. Das äussert sich oft in sehr extremen Formen.

* Jeder Mensch trägt das ganze Spektrum von Eigenschaften in sich: Vom Schöpferischen, Aufbauenden, Menschlichen bis zum Zerstörerischen, Niederreissenden und Bestialischen. Je nach den äusseren Umständen bricht sich das eine oder andere mehr oder weniger stark Bahn.

* Unser von aussen wahrnehmbares Benehmen, Verhalten, Wissen ist nur

ein dünner Firnis über unserer darunter liegenden, kaum sichtbaren wahren Natur.

* Jeder Mensch gehört Gemeinschaften an (Staat, Glaubensgruppen, Parteien, Familien usw.), fühlt sich mit ihnen verbunden. Jede Gemeinschaft und ihre Mitglieder haben ihre eigene Geschichte, Kultur, Zivilisation, Regeln und Umgangsformen, die von denen anderer Gemeinschaften oft völlig verschieden sind.

* Fremdes und Unbekanntes wird anfänglich oft als Bedrohung wahrgenommen und abgelehnt.

* Ein gutes gesellschaftliches System (die Weltordnung, die Weltwirtschaft, die Umstände in einem Staat) bis hin zu unserer kleinen privaten Welt, sollte sich in einem indifferenten Gleichgewicht befinden – z.B. zwischen Staat und Individuum, Unternehmertum und Sozialstaat, Pflichten und Rechten - und keine extremen Veränderungen zulassen. Nur in extremen Lagen (grosse Katastrophen, Krieg) darf diese Variante des Gleichgewichts vorübergehend verlassen werden.

* Staaten haben nur Interessen, die sie zur Selbstbehauptung soweit als möglich durchsetzen müssen. Dabei stossen ihre Interessen mit den vitalen Interessen anderer Staaten zusammen. Staaten, die ihre Interessen nicht durchsetzen, gehen unter. Je mächtiger sich Staaten fühlen, desto rücksichtloser gehen sie vor, wenn Recht und Ordnung sie nicht daran hindern.

* Gegenwärtig ist eine neue Weltordnung mit daraus folgenden neuen

Machtverhältnissen im Entstehen. Die dadurch ausgelösten Spannungen könnten zu gewalttätigen Konflikten führen.

* In der jüngeren Geschichte durchlief die Schweiz die Phase des Raubtierkapitalismus, dann die Phase des Aufbaus des Sozialstaates. Gegenwärtig befindet sie sich in der Phase der Verhätschelung, des Dauerkonsumrausches, der grenzenlosen Selbstverwirklichung bei gleichzeitiger Verweigerung des Einsatzes für die Gemeinschaft. Das sind Zeichen des beginnenden Niedergangs. Deshalb nimmt unser Volk die Realität der Welt nicht wahr und hat zugelassen, dass wir erstmals seit langem militärisch wehrlos sind und von Regierung und Parlament in kleinen Schritten in die EU und die NATO geführt werden und uns gleichzeitig im Rahmen der grenzenlosen Globalisierung fremden Herren und Richtern unterwerfen.

Der beste Beweis für das bereits erreichte Ausmass der Dekadenz unseres einst wehrhaften Volkes ist die Meinung vieler Politiker und BürgerInnen, die nicht mehr bereit sind, ihr Leben für unser Land einzusetzen und eine verfassungsmässige Armee aufrechtzuerhalten, dass „uns im Ernstfall dann schon andere zu Hilfe eilen werden“. Das heisst im Klartext, dass diese Leute ganz selbstverständlich

von Menschen anderer Völker fordern, für uns ihr Leben zu opfern.

1.ANALYSE

1.1

Die Rechtsbasis und die generelle Bedeutung der Globalisierung

1948, schon kurz nach dem 2. Weltkrieg, trat das GATT General Agreement on Tariffs and Trade in Kraft. Es löste den Prozess der Globalisierung aus, anfänglich noch sehr zögerlich. 1995 wurde die WTO Welthandelsorganisation gegründet und zur Trägerorganisation des GATT. In diesen und seither multilateral oder bilateral unterzeichneten zahlreichen Verträgen wurde Schritt um Schritt der umfassende Freihandel, Investitionsschutz und die Privatisierung zahlreicher bisher staatlicher Aufgaben beschlossen. Gemäss der Grundidee sollen alle Einschränkungen beim Handel mit Gütern und Dienstleistungen, beim Verschieben und Benützen von Kapital und beim Wandern von Menschen wegfallen und alle irgendwie mit Produktion und Verteilung zusammenhängenden Tätigkeiten privatisiert werden, so z.B. auch die Wasser- und -Stromversorgung, die Müllabfuhr, die Bildung etc. (Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Allgemeines_Zoll-_und_Handelsabkommen)

Das bedeutet, dass traditionell in öffentlicher Hand befindliche Tätigkeiten auch von globalen Konzernen übernommen und betrieben werden dürfen.

Mit anderen Worten, irgendwo in der Welt verfügt ein Finanzfürst in einem von ihm weit entfernten Land über die dortige Wasserversorgung und entscheidet über die den Benutzern dafür in Rechnung zu stellende Preise und ob die Anlage renoviert oder ausgebaut oder dem Zerfall überlassen wird.

Der Prozess läuft weiter. So finden gegenwärtig Geheimverhandlungen zwischen den interessierten Staaten, darunter die Schweiz, über mehrere, weitreichende Verträge über den Freihandel, die Dienstleistungen etc. statt (z.B. die Transatlantic Trade and Investment Partnership TTIP, oder das Trade in Services Agreement TiSA).

Schon seit ca. 1990 übten der International Währungsfonds (IWF) und die Weltbank auf die Staaten Südamerikas starken Druck aus, damit diese u.a. die in öffentlicher Hand befindlichen Dienste, darunter die Wasserversorgung, privatisierten. Bolivien zeigt, was dann geschehen kann: Dort erhielten private Gesellschaften, an denen grosse westliche Konzerne beteiligt waren (Bechtel, Suez Lyonnaise des Eaux, heute GDF-Suez, aber auch die zur Weltbankgruppe gehörende International Finance Corporation IFC) jahrzehntelange Konzessionen für die Wasserversorgung grosser Städte bei 13-17% Rendite zugesprochen. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung da und dort die Benutzung der von ihr hergestellten Brunnen, die im Besitz von lokalen Gemeinschaften waren, verboten. Die Preise des Wassers wurden um 50-250% erhöht. Die Bevölkerung erhob sich dagegen.

Die Sicherheitskräfte schritten ein, es gab Tote und Verletzte, aber die Demonstranten gaben nicht auf, worauf die Konzessionen, d.h. die Privatisierung (in Cochabamba, dann in El Alto) zurückgenommen wurde. Die darauf folgende Übernahme der Wasser-Firma durch die Regierung und der Einbezug der betroffenen Akteure endete aber wie oft in Drittweltländern in Korruption, Vetternwirtschaft, Intransparenz und Ineffizienz, worauf die Interamerican Development Bank das Geld für die dringend benötigte Sanierung des Systems blockierte.

Das griechische Parlament hat unter enormem Druck der die Globalisierung fördernden EU den Betrieb des grosse Hafens von Piräus und von 14 Flughäfen (Verkauf an chinesische und deutsche Konzerne) und am 27. September 2016 auch noch die Wasser- und Gaswerke sowie eine Autobahn privatisieren müssen. (Inzwischen hat ein griechisches Gericht die Privatisierung der Gaswerke - vorläufig? - gestoppt).

Die Gefahr der vollständigen Privatisierung fast aller, traditionell bei der öffentlichen Hand liegenden Aufgaben und Güter scheint auch in Europa hoch aktuell. So hat Frau Bundespräsidentin Doris Leuthard laut einem Interview in der Sonntagszeitung vom 22.01.2017 auf den Hinweis, wichtige Schweizer Konzerne würden von Chinesen aufgekauft, geantwortet, das sei „keine Sache der Politik, sondern der freien Wirtschaft“, aber „strategische Strukturen müssten schweizerisch bleiben“. Auf den Einwand des Journalisten, der

Verkauf von Schweizer Stauseen an Chinesen sei doch von strategischer Bedeutung, meinte sie, es ändere nichts an der Stromproduktion, „ob das Wasserkraftwerk zu 30% französisch oder chinesisch ist“, und weiter, „dass es nicht die Aufgabe des Bundesrates ist, sich da einzumischen.“

Sollte das in geheimen Verhandlungen vorbereitete TiSA Trade in Services Agreement, in Kraft treten, soll es später praktisch unmöglich sein, Privatisierungen rückgängig zu machen oder in gewissen Bereichen zugunsten der Bevölkerung die Bewegungsfreiheit der Konzerne etwas einzuschränken, da diese sehr hohe Entschädigungen fordern könnten. In diese Falle sind – wie am Beispiel Boliviens gezeigt wurde - schon mehrere südamerikanische Staaten geraten, als sie solche Verträge mit den USA abschlossen. So stützte sich der US Bau-Konzern Bechtel auf seine Beteiligung an der Wasserversorgung von Cochabamba und klagte vor einem Schiedsgericht der Weltbank

Schadenersatzforderungen von 25 Millionen \$ ein, zog die Forderung aber auf Grund von internationalem Druck zurück.

Praktisch wird nach der Privatisierung das Wasser immer wesentlich teurer, die Qualität aber schlechter (Chlor), und Investitionen und Unterhalt werden vernachlässigt. Deshalb wurde vielerorts in Frankreich die privatisierte Wasserwirtschaft wieder von der öffentlichen Hand übernommen.

(Quelle: <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/die-wasserkonflikte-von-cochabamba-und-el-alto-19093.html>).

Es bleibt zu hoffen, dass Donald Trump, wie von ihm angekündigt, den grenzenlosen globalen Freihandel fallen lässt.

1.2

Globalisierung führt zum Finanzfeudalismus als künftiger Weltordnung!

Vor einigen Jahren fragte der Verfasser einen Chinesen, der über ein riesiges weltweites wirtschaftliches Imperium verfügt, wer wohl der nächste Präsident seines Landes werde und wie sich dies auf seine Unternehmungen auswirken könnte. Mit einer abschätzigen Handbewegung antwortete er, das sei irrelevant. Die Entwicklung sei schon viel zu weit fortgeschritten, als dass ihm irgendeine Regierung noch etwas anhaben könne. Es wurde dem Verfasser bewusst, dass er einem Finanzfürsten gegenüber sass, d.h. einem unendlich reichen Menschen, der dank seines Reichtums politisch unangreifbar geworden war. Man darf davon ausgehen, dass heute schon viele Superreiche die realen Machtverhältnisse so sehen und zum Kreis der Finanzfürsten gehören.

Ins Bild passt, dass das laufende Herstellen gigantischer Mengen von Geld offiziell die Weltwirtschaft ankurbeln soll, aber tatsächlich will man damit den Zusammenbruch des Finanz-Casinos verhindern. Mit dem Geld sollen

u.a. Massnahmen zugunsten überschuldeter Länder finanziert werden. Der Durchschnittsbürger glaubt, damit sei gemeint, es gelte z.B. den Griechen zu helfen. Aber die Griechen sehen das Geld nicht. Es dient dazu sicherzustellen, dass den Finanzfürsten, die ihr Geld dort angelegt hatten, die hohen Zinsen bezahlt und ihre Darlehen fristgerecht zurückerstattet werden. Den Griechen aber bleiben diese Zahlungen als Schulden am Hals.

Durch die Überflutung der Welt mit –zig Milliarden Euro, \$ und anderer Währungen von monatlich frisch bereitgestelltem Geld und den unter null gedrückten Zinsen werden die Pensionskassen in den modernen Ländern um einen Teil der Mittel für das Alter der bei ihnen versicherten Menschen gebracht. Ein grosser Teil des frischen Geldes geht nicht in produktive Investitionen, sondern an die Finanz-Spielcasinos, wo es die Superreichen noch reicher macht.

Je weiter die Globalisierung vorangetrieben wird, desto grösser wird der Kreis der globalen Finanzfürsten, ihr Reichtum, ihre Macht und ihr Handlungsspielraum. Sie beherrschen den Kampf der verbundenen Waffen, d.h. den kombinierten Einsatz aller Machtmittel, und sie können ihn sich auch leisten. Ihre Mittel sind: Raffinierte Steuerung der öffentlichen Meinung über die Medien, heute ohnehin überwiegend in der Hand grosser meinungsmanipulierender Konzerne; die Finanzierung von

bzw. „Spenden“ an „Think Tanks“, Universitäten, Forschungsprojekte und – Gruppen, sowie politische Parteien usw., die dann die „richtigen“ Studien, Statistiken und Voraussagen produzieren oder die gewünschten politischen Massnahmen durchsetzen; das Verschieben von Vermögen oder Produktionsstandorten als Mittel der Druckausübung auf die Staatsgewalt sind das, was am Ort billigster Arbeitskräfte, grösster Gesetzeslücken, geringster Steuern zur Gewinnmaximierung dient; Bestechung und Täuschung in einem machtlosen oder korrupten Staat; Rufmord – heute dank der technischen Möglichkeiten der Beobachtung bis in die intimsten Privatsphären kombiniert mit der Manipulation von Bild- und Tonmaterial und der Willfährigkeit der grossen Medien, leicht zu bewerkstelligen.

Nicht nur die geographisch, finanziell und zwischenmenschlich rasch wachsende Kluft zwischen den Finanzfürsten und dem „gemeinen“ Volk, ihre Anonymität, sowie die wachsende Undurchsichtigkeit der Welt des Geldes stärken im Endeffekt das Finanzimperium. Auch der Beitritt zum Club der Finanzfürsten von frischgebackenen Superreichen aus Ländern, die vorher noch weisse Flecken auf der Landkarte des Reichtums waren, verstärkt diesen Effekt. 2006 soll es in China nur 15 Dollar milliardäre gegeben haben, 2012, waren es 251a) und 2015, nur 3 Jahre später, bereit 596 b). (Quellen: a) China Daily,18.06.2013; b)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hurun-report-china-hat-die-meisten-milliardaere-a-1057937.html>).

Was sagt uns die sehr rasche Zunahme der chinesischen Dollar-Milliardäre? Dass es die im Rahmen der Globalisierung vorgenommene „Auslagerung“ von Arbeitsplätzen aus den entwickelten Staaten in Entwicklungsländer und Schwellenländern den dortigen Reichen ermöglicht, dank extrem tiefer Löhne rasch noch reicher zu werden. Mit den zusätzlich „verdienten“ Milliarden können sie weitere Firmen in den Industriestaaten aufkaufen, die dortigen Stellen „auslagern“ und eine weitere Reichtumsstufe hinauf klettern. So kann die Spirale nach oben weiter gehen, bis die entwickelten Staaten weitgehend desindustrialisiert sind, also einen grossen Teil ihrer Güter produzierenden Industrien verloren haben.

Der Zwang, sich gegen die anderen Finanzfürsten zu behaupten und das als unabdingbar gesehene „Wachstum“, erhöhen den Druck, bzw. die Bereitschaft bei den Herrschenden, alle denkbaren Machtmittel, auch unethische, betrügerische und kriminelle einzusetzen. Man muss davon ausgehen, dass die meisten grossen Finanzgeschäfte eine kriminelle Komponente haben. Diese Meinung vertrat auch ein Finanzfürst dem Verfasser gegenüber in einem stundenlangen Privatgespräch - es war eher eine Lebensbeichte. Weil er das nicht mehr aushalte, habe er sich davon zurückgezogen und auf

einem anderen Kontinent als anonymer Privatmann niedergelassen, aber natürlich mit einem enormen Vermögen und einer neuen jungen hübschen Frau.

In der Auseinandersetzung mit den Finanzfürsten ist die Staatsgewalt auf ihr grösseres oder kleineres nationales Territorium beschränkt und durch die Verfassung und Gesetze gebunden, während die Finanzfürsten global präsent und durchsetzungsfähig sind und dank ihrer Mobilität einschränkenden Gesetzen weitgehend ausweichen oder sie dank ihrer finanziellen Macht an ihre Bedürfnisse anpassen lassen können. Irgendwo auf der anderen Seite der Welt kann entschieden werden, z.B. in der Schweiz, eine Fabrik zu schliessen. Der Staat hat sich dann um die Arbeitslosen auf seinem Territorium zu kümmern, kann aber dort, wo der Entscheid gefällt wurde, nichts unternehmen, während die Finanzfürsten, die das Problem geschaffen haben, u. U. bereits daran sind, in Australien eine Gesellschaft zu verkaufen, in China einen Konzern aufzubauen und in Brasilien einen Ferienkomplex zu entwickeln.

Da der Prozess der Akkumulation des Reichtums dank Globalisierung grenzenlos weitergehen kann, wird die Waagschale auf der Seite der Finanzfürsten immer schwerer, die der Staaten immer leichter, umso mehr, als letztere freiwillig auch noch ihre bisherigen wirtschaftlichen Tätigkeiten, z.B. Post, Bahn, Wasserversorgung und andere, privatisieren und der Gegenseite zu-

spielen. Die bereits die Grösse vieler Armeekorps umfassenden, den Finanzfürsten zur Verfügung stehenden privaten Sicherheitsfirmen - eigentliche Söldnerarmeen - und der gleichzeitige Abbau der regulären Streitkräfte gehören mit zum Bild der Machtverschiebung vom Staat zu den Finanzfürsten.

Der Staat wird vermehrt zum Dienstleistungsbetrieb für sie. Er unterhält die Infrastruktur, erlässt Gesetze, die die Macht und den Besitz der Finanzfürsten schützen und mehren, kontrolliert das gemeine Volk, hält es in Schach und sorgt mit seinem Sozialsystem und der Polizei dafür, dass von unten kein zu grosser Druck entsteht. Das Gewicht des Staates wird auch wegen seiner abnehmenden Handlungsfähigkeit immer geringer. Er versucht, mit immer weitergehenden Regulierungen und Beitritt zu von den Völkern weit entfernten Bürokratien der Weltgemeinschaft die Entwicklung zu lenken, macht damit aber vor allem für die lokal verwurzelten kleinen und mittleren Unternehmen das Leben noch schwerer, zusätzlich zu deren Bedrängung durch die grossen globalen Konzerne. Die erstickende Regulierung schafft in erster Linie mit Steuergeldern finanzierte, bequeme Pfründe und Machtpositionen für verdiente Mitglieder der verschiedenen Parteien und für internationale Beamte.

Sofern die grenzenlose Globalisierung nicht sehr bald gezügelt wird - falls die

Entwicklung nicht ohnehin schon zu weit fortgeschritten ist, wie der chinesische Gewährsmann meinte - strebt die Welt einer neuen feudalen Weltordnung zu. Sie wird dann beherrscht werden von einer Vielzahl von grösseren und kleineren Finanzfürsten. Ihre Territorien werden nicht aus einem klar definierten Gebiet bestehen, sondern aus weltweit, regional oder lokal verstreutem Besitz und der damit verbundenen Macht. Sie werden mit anderen Allianzen eingehen oder Wirtschaftskriege führen. Sie werden in Burgen leben, aber wesentlich komfortabler als ihre Vorfahren vor 1000 Jahren, Burgen, wie sie ja heute schon in vielen Ländern für die Oberschicht bestehen: Luxussiedlungen hinter Mauern und Stacheldraht, mit eigenen Schulen, Sportanlagen, Einkaufszentren, kulturellen Einrichtungen, geschützt von eigenen Sicherheitstruppen. Und verlassen sie die Burg hoch zu Helikopter oder mit gepanzerter Limousine, werden sie von ihren Rittern begleitet, den Leibwächtern, die statt mit Rüstung, Schild, Lanze und Schwert mit kugelsicherer Weste und allerlei Schiessgerät ausgerüstet sind.

1.3

Globalisiertes Finanz-Spielcasino

Die Finanzfürsten haben in den letzten rund 25 Jahren ein riesiges globales Finanz-Spielcasino geschaffen, dass keinen Bezug mehr zur realen Wirtschaft hat. Es dient vor allem dem

masslosen Gewinnstreben der Superreichen. So erreichte 2013 laut der BIZ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, allein der „Wert“ aller Over-the-counter, also ausserhalb der Börse, von Finanzdienstleistern gehandelter Derivate den ungeheuren Betrag von 639'000 Milliarden Dollar. Das entspricht 10 mal der gesamten Jahres-Wirtschaftsleistung der Welt, d.h. dem globalen Bruttoinlandprodukt. Und das ist ja nur ein Bruchteil der weltweiten Finanztransaktionen an und ausserhalb der Börse.

Ein Hochfrequenz-Börsenhändler kann heute in einer Sekunde ohne weiteres 100'000 Geschäfte (Transaktionen) für seine Kunden tätigen, also täglich einige Milliarden Titel kaufen und verkaufen.

Heute wird der grösste Teil der Börsengeschäfte automatisch zwischen Supercomputern im Hochfrequenzbereich abgewickelt. Weitere Beschleunigungen sind in Vorbereitung. Wer auf einen neuen Supercomputer Zugriff hat, der eine Zehntausendstelsekunde schneller ist als die der Konkurrenz, hat wegen des dadurch entstandenen Zeitvorsprungs schon gewonnen. Bei den heutigen enormen Geschwindigkeiten des elektronischen, von Algorithmen gesteuerten, völlig automatisierten Börsenhandels spielt sogar die Distanz zwischen den Supercomputern der Händler und der Börse eine entscheidende Rolle, da die elektronischen Signale des einen schneller beim elektronischen System

der Börse ankommen als die des einige Kilometer weiter entfernten Konkurrenten. Wenn dessen Signal eintrifft, hat der Kauf oder Verkauf dann schon stattgefunden. Der Schnellere hat soeben vielleicht 10 Millionen \$ gewonnen, der andere den gleichen Betrag verloren. Diese Algorithmen analysieren in einer Sekunde viele Tausende von Börsenoperationen und können eben so viele abwickeln, d.h. automatisch kaufen oder verkaufen – ohne jedes Zutun eines Menschen. Vielleicht eine Tausendstelsekunde nach dem Kauf verkauft ein Algorithmus die soeben gekauften Aktien, z.B. von General Motors, bereits wieder mit Gewinn. Alles automatisch!

An den Börsen werden die unterschiedlichsten Spielmöglichkeiten angeboten. So z.B. Leerverkäufe, CDS Credit Default Swaps, etc. Viele dieser Instrumente sind auch für die reale Wirtschaft nützlich, so z.B. die CDS als Versicherung für gewährte Darlehen. Sie haben sich aber verselbstständigt und dienen heute überwiegend den Finanzfürsten für ihre Spekulationen.

Das ein solches automatisches System, wenn es zu einem Fehler kommt, katastrophale Auswirkungen haben kann, bis zu einem Zusammenbruch des Finanzsystems, versteht wohl jedermann, obschon nach dem grossen, 2013 durch einen Fehler herbeigeführten Börsencrash in New York gewisse Vorsichtsmassnahmen getroffen

wurden, wie z.B. das automatische Unterbrechen des Handels für wichtige Papiere bei Kursausschlägen von 10%. 2012 verlor Knight Capital, der damals grösste Hochfrequenzhändler der Welt, innert 45 Minuten 440 Millionen \$, da sein Algorithmus fehlerhaft grosse Handelsaufträge erteilte – selbstverständlich völlig automatisch. Die Firma wurde dann von ihrem Konkurrenten GETCO übernommen.

Der Durchschnittssparer und die alleinerziehende Mutter, die ihrer Bank telefonisch den Auftrag erteilen, 5 Aktien der Firma X zu kaufen, sind in diesem System natürlich hilflos und völlig abhängig. Der Gesetzgeber hat im Wettlauf mit den Supercomputern und der Weiterentwicklung der Algorithmen kaum eine Chance, auch deshalb nicht, weil sich kaum ein Politiker in diesem Bereich genügend auskennt, wenn er nicht sogar als sehr gut bezahlter „Berater“ unter Vertrag steht, und sich im Parlament für die „richtigen“ Gesetze einzusetzen hat.

(Quellen: <http://www.golem.de/news/geschwindigkeit-an-der-boerse-algorithmen-haben-die-haendler-ueberholt-1503-112589.html>; http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/aktienkurse-und-algorithmen-das-herzkammerflimmern-der-boerse-161647.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2;http://cicero.de/kapital/hochfrequenzhandel-algorithmen-die-die-welt-bewegen/58301)

1.4

Weltweit totale Kontrolle des Individuums

Ein sehr beunruhigender Unterschied zur früheren Feudalzeit wird die Unmöglichkeit sein, das System in Frage zu stellen oder ihm wenigstens auszuweichen, Alternativen aufzuzeigen und durch Volksbewegungen oder gar Revolutionen zu reformieren.

Die heute dank modernster Technologie (Digitalisierung) vielerorts bereits erreichte Erfassung, Kontrolle, Durchschaubarkeit und Steuerbarkeit des Individuums, seiner Eigenarten und Vorlieben, das heisst seiner Persönlichkeit, kann leicht technisch perfektioniert, vernetzt und global ausgedehnt werden. Der jeweilige Aufenthalt jedes Einzelnen lässt sich in Echtzeit ermitteln. Schon jeder öffentlich oder über technische Kanäle geäusserte abweichende Gedanke, sogar nur schon das Potenzial, solche Gedanken zu entwickeln, jede beginnende Solidarisierung, Gruppenbildung und „Verschwörung“, kann sofort erkannt und im Keim erstickt werden.

1.5

Unmenschliche Arbeitsbedingung

Die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung noch in einer frühen Phase befindlichen Länder haben meistens eine autoritäre politische Kultur und entsprechende Regierungen und kaum

Gesetze und Gewohnheiten, die den Menschen an einfachen Arbeitsplätzen Arbeitsbedingungen, Einkommen und Sozialleistungen bieten, die wenigstens das Leben auf einem sehr einfachen Niveau sicherstellen. Die Finanzfürsten halten sich oft ohnehin nicht einmal an die bescheidenen Gesetze des Landes, in dem ihre Unternehmen stehen. Sie profitieren auf Jahre hinaus von extrem tiefen Kosten. Aber wenn diese dann auch dort steigen, verschieben die Finanzfürsten die Betriebe in Länder, die noch tiefere Produktionskosten haben. Die Folge: Viele Unternehmen in den hochentwickelten Ländern sind dann nicht mehr konkurrenzfähig, verlegen ihre Unternehmen, müssen die Löhne senken, Mitarbeiter entlassen oder gehen unter und ihr Know-how, die Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter und die Arbeitsplätze am ursprünglichen Standort gehen verloren.

Der Anschluss eines Entwicklungslandes an die globalisierte Weltwirtschaft führt zu einer starken Beschleunigung des Menschenstroms vom Land an die städtischen Standorte der neuen Unternehmen. Die neuen Städter, oft junge Leute, brauchen Einkommen, sind aber oft völlig unqualifiziert, ahnungslos und können sich nicht wehren. Das führt dort, viel häufiger als wir glauben, in neu entstehenden Betrieben - von uns unerkannt - zu unmenschlichen Arbeitsbedingungen und Hungerlöhnen.

Vor mehreren Jahren hat APPLE seine 30'000 Arbeitsplätze in den USA zu Foxconn nach China „ausgelagert“ – d.h. die Beschäftigten in den USA wurden arbeitslos (Der neue Präsident der USA, Donald Trump hat auf diesen Fall hingewiesen und gesagt, er wolle versuchen, ihn rückgängig zu machen). Bei Foxconn (diese taiwanesisische Firma produziert für viele in der Elektronik tätige Weltmarken) wurden bei den Fabriken in China grosse Schlafsilos für die Käfighaltung (4 doppelstöckige, direkt nebeneinander stehende Kajütenbetten pro winzigen Schlafräum) der überwiegend jungen ArbeiterInnen gebaut, wovon hunderte erst 14-jährig waren. Schliesslich wurden aussen herum, auf der Höhe des Bodens des ersten Stocks - wie anderswo im Land – breite, horizontal weit nach aussen reichende Netze angebracht, um die vielen, die in ihrer Verzweiflung durch Sprung aus dem Fenster Selbstmord begehen wollen, aufzufangen. Aber bis um die Neubauten auch noch Netze hingen, hatten sich dort bereits 28 junge Leute so umgebracht. Sie mussten bis zu 60 Wochenstunden arbeiten – gesetzlich zugelassen sind 49, einschliesslich Überstunden – und erhielten einen Stundenlohn entsprechend 1.29 US\$ und keine gesetzlich vorgeschriebene Überzeitschädigung. Nach der durch die Regierung durchgeführten Kontrolle wurden gesetzmässige Zustände hergestellt, was die Kosten für das Zusammensetzen eines Handy's um nur 1.70 US\$ verteuerte. Mit anderen Worten, um

ihren Profit pro Gerät um diesen Betrag zu erhöhen, verletzte der Konzern, die gesetzlichen Vorschriften über das Mindestalter, den Lohn, die Arbeitszeit und die Überzeit. (Quelle: Während mehrerer Tage im Februar 2012 von BBC gezeigtes Video. Mehrere Berichte im China Daily und der Global Times über eine dadurch ausgelöste Untersuchung durch die Behörden und ihre Folgen).

Mit der Globalisierung stossen wir Menschen in den entwickelten Ländern, also bei uns, in die Arbeitslosigkeit und ermöglichen damit gleichzeitig den Finanzfürsten in Schwellen- und Entwicklungsländern, durch das Zahlen von Hungerlöhnen an die dortigen Menschen rasch sehr reich zu werden. Gutmeinende glauben, annehmbare Arbeitsbedingungen liessen sich von uns weltweit durchsetzen, wie wir das bei uns tun. Es ist aber unmöglich und hilft nur, die westliche Politik der Einmischung in alle Belange anderer Länder zu stärken, statt, wie erforderlich, endgültig einzustellen.

1.6

Schaffung von Freiräumen für die Skrupellosen und die Kriminellen

Die, wegen der Gesetzes- und Regulierungsflut und der schieren Grösse des globalisierten Spielfelds verloren gegangene Übersicht über das, was gilt, schafft für die Skrupellosen laufend neue grosse Freiräume ausserhalb der

Legalität. Das Risiko, erlappt zu werden und – falls es doch passiert – zur Rechenschaft gezogen zu werden, nimmt weltweit ab. Das hängt auch mit der faktischen Unmöglichkeit zusammen, den Überblick über grosse Vermögen und deren Verwendung zu gewinnen, da ihre Bestandteile oft über die ganze Welt verstreut sind und in verschiedenen Kulturen und Rechtssystemen liegen und die Finanzfürsten, denen sie gehören, sehr oft Träger sehr flexibler Wertvorstellungen sind. Schliesslich führen auch die endlose Dauer und die gigantischen Kosten gerichtlicher Verfahren und die Verjährungsfristen dazu, dass es in den meisten Fällen, vor allem für einzelne Menschen und kleine und mittlere Unternehmen, ohnehin nicht möglich ist, den Rechtsweg gegen grosse Unternehmen und ihre Verzögerungstaktik in Anspruch zu nehmen, selbst wenn die Rechtslage ganz eindeutig ist. Das ist ja auch bei uns so und relativiert den „Rechtsstaat“ sehr, auf den wir doch so stolz sind.

Die von Finanzfürsten finanzierte, weitverbreitete Korruption, Vetternwirtschaft und das Klientelwesen, samt deren dazugehöriger, problematischer Kreativität, lassen sich in der globalisierten Welt nur schwer nachweisen. Falls Gerichtsverfahren eingeleitet werden, führen sie zu jahrelangen, astronomisch teuren Verfahren - bis zur Verjährung oder dem, wahrscheinlich mangels Beweisen erfolgenden Frei-

spruch. Es scheint erwiesen, dass sich die grossen Verbrechersyndikate, auch die Triaden Chinas, ebenfalls globalisiert haben. Die Globalisierung schafft ihnen ein ideales Tätigkeitsfeld. Sie „waschen“ und investieren in der Weltwirtschaft ihr Geld. Weltweit gibt es ca. 50 grossmassstäbliche Verbrecherorganisationen. In Italien soll die Mafia der grösste Konzern des Landes sein. Daneben gibt es allein in diesem Land zahlreiche andere grosse Verbrechersyndikate. Selbstverständlich stehen über deren Tätigkeit keine Jahresrechnungen zur Verfügung. Deshalb konnte die UNODOC, die Behörde der UNO zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, dessen Jahresumsatz auf Grund einer grossen Studie nur schätzen. Sie kam auf mehr als 2000 Milliarden \$, entsprechend 3.6% der globalen Wirtschaftsleistung. Sie meinte auch, im heutigen Umfeld werde die Bekämpfung der organisierten Verbrechens immer schwieriger.

(Quellen: Spiegel on-line, 23.04.2012. Verbrechen lohnt sich. Bericht über die UNODOC-Studie von 2009; https://de.wikipedia.org/wiki/Organisierte_Kriminalit%C3%A4t#Statistik).

1.7

Verlust der Handlungsfähigkeit der Staaten, rasch wachsende Verletzlichkeit und Erpressbarkeit

Durch die verschiedenen internationalen Globalisierungs-Verträge werden immer mehr Bereiche der staatlichen Souveränität entzogen. Die Durchsetzung der Entscheide wird internationalen Gremien übertragen, Streitfälle werden von internationalen Gerichten abschliessend behandelt. So entstehen lohnende Pfründe für „Experten“, d.h. verdiente Mitglieder der Partei-Eliten aus den Unterzeichner-Staaten.

Hinter der Globalisierung steht der urkapitalistische Glauben, dass sämtliche staatlichen Tätigkeiten privatisiert werden sollen (z.B. auch die Trinkwasserversorgung). Wo grosse Konzerne globalisierte Bereiche übernehmen, haben sie die Möglichkeit, hohe Schadenersatzforderungen für entgangenen Gewinn stellen zu können, sofern ein Land auf dem Gesetzesweg die negativen Auswirkungen der Globalisierung für seine Bevölkerung mildern will.

Die Globalisierung führt wegen der weltweiten Vernetzung zu einer rasch wachsenden Verletzlichkeit und Erpressbarkeit der Staaten und KMU. Jeder stellt immer weniger unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen her. Ihre Erzeugnisse müssen aber in grossen Mengen in alle Welt verkauft werden, um wirtschaftlich zu überleben. Im Gegenzug sind die einzelnen

Staaten darauf angewiesen, dass das, was sie nicht mehr selber herstellen können, darunter lebenswichtige Güter, von den entferntesten Ländern geliefert wird. In den hochentwickelten Ländern führt das zu einer Desindustrialisierung und zum Verlust von Kompetenzen. Wollen wir nur noch ein Land der Rechtsanwälte, Psychiater, Berater, Sozialhelfer, Coaches, Professoren, „Experten“, Politiker werden? Länder wie die Schweiz mit einer nur geringen, immer kleiner werdenden landwirtschaftlichen Nutzfläche sind für ihr Überleben von massiven Lebensmittelimporten abhängig. Diese Abhängigkeit von ausländischen Märkten macht verletzlich und erpressbar, wie wir am Beispiel unseres Finanzsektors erleben. Zudem stehen hinter den oft weit entfernten mächtigen Entscheidungsträgern manchmal noch mächtigere Regierungen (u.a. China), die das letzte Wort haben und so indirekt und damit unbemerkt Einfluss auf andere Länder nehmen können.

Die globalisierte Wirtschaft ist völlig auf eine gigantische Transportwirtschaft mit ihren Frachtflugzeugen, Eisenbahnen, Schiffen, Lastwagen angewiesen, die auch gleichzeitig zur massiven Umweltverschmutzung beiträgt.

1.8

Zerstörung der Demokratie, Unabhängigkeit und Neutralität

Die auch vom Bundesrat und der Mehrheit der eidg. Parlamentarier unterstützte Globalisierung führt auf mehreren Wegen zur schrittweisen Zerstörung unserer tragenden Säulen, aber auch denjenigen anderer Länder.

Demokratie bedeutet, dass die politischen Gremien der Staaten, in deren Händen die Souveränität liegt - in der Schweiz das Volk - bei allen wichtigen Fragen das letzte Wort haben. Zu den ganz wichtigen Fragen gehören die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Wirtschaft mit ihrer Welt der Arbeit funktioniert oder - im Kriegs- oder Krisenfall - die eigenständige Verteidigung unseres Landes. Aber diese Entscheidungsbefugnis wird im Rahmen der Globalisierung schrittweise an irgendwo tätige internationale Gremien übertragen. Dazu kommt noch der vom Bundesrat zumindest de facto vorangetriebene Beitritt zur EU. Im militärischen Bereich wird die Übertragung der Befehlsgewalt an das Oberkommando der NATO durch das Üben des gemeinsamen Kampfes innerhalb der Interoperabilitätsplattform (IOP) der NATO und die Teilnahme von Schweizer Truppen an Manövern von NATO-Mitgliedern bereits vorbereitet. Nach der schon 20 Jahre dauernden Mitgliedschaft bei der Partnerschaft für den Frieden (PfP Partnership for Peace) der NATO ist die Schweiz 2014

im Rahmen des schleichenden NATO-Beitritts auch noch dieser Organisation der NATO beigetreten. Das bedeutet, dass unser Volk, wie alle anderen auch, ohne es zu merken, laufend entmachtet wird, weil diese Entmündigung auch von den grossen Medienkonzernen (NZZ und andere) unterstützt wird, d.h. sie bewahren darüber Stillschweigen.

Durch die immer grösser werdenden finanziellen Mittel, die den globalen Finanzfürsten zur Verfügung stehen, können diese auch massiv in Volksabstimmungen eingreifen bzw. Parlamentarier durch lukrative Aufträge und über Stiftungen korrumpieren, selbst wenn sie gar keinen persönlichen Bezug zur Schweiz haben.

Demokratie bedingt, dass den BürgerInnen möglichst objektive Informationen, und wenigstens Informationen aus den unterschiedlichsten Quellen zur Verfügung stehen, und dass sich viele mit unterschiedliche Meinungen äussern können. Nur so ist es möglich, sich ein einigermaßen vollständiges Bild dessen zu machen, was wirklich passiert, und dann Entscheide zu fällen. Beides ist heute kaum mehr möglich.

Ein Heer von rund 400 (!) Medienbeauftragten beim Bund, sogenannte „Spin-Doctors“ (Spin = Verdrehung), sollen dafür sorgen, dass Informationen so formuliert werden, dass sie vom Volk als positiv wahrgenommen werden. Wie im Roman „1984“ über einen totali-

tären Staat, schafft der Bund laufend „Neusprech“-Begriffe, wie der Autor George Orwell sie nannte, die das Gegenteil von dem meinen, was ausgedrückt wird. Ein gutes Beispiel ist die vom Bundesrat über viele Jahre betriebene weitgehende Abschaffung der Armee. Die gegenwärtig beginnende Halbierung der vom Volk 2003 beschlossenen 220'000 Mann-Armee auf noch 100'000, davon nur noch 30'000 Mann eigentliche Kampftruppen, wird als „Weiterentwicklung der Armee“ (WEA) bezeichnet. So haben wir im Kriegs- oder Krisenfall gar keine andere Möglichkeit, als uns der NATO anzuschliessen, wie vom Bundesrat schon lange schrittweise vorbereitet. Da sind dann die „Partnerschaft für den Frieden“ - ein anderes geniales Beispiel von „Neusprech“ - und die „Interoperabilitätsplattform“ als Vorbereitung nützlich. Über diese Etappe haben sich mehrere andere heutige NATO-Mitgliederländer für den Beitritt vorbereitet.

Wie sich bei der Sammlung von Unterschriften für das Referendum gegen die WEA zeigte, glaubten die BürgerInnen, es gehe darum, die in der Volksabstimmung 2003 beschlossene Armee von 220'000 endlich vollständig auszurüsten. Nur eine Minderheit der Angesprochenen wusste, dass es um die Halbierung der Armee geht. Wir erleben diese „Informationspolitik“ ebenfalls im Rahmen des Globalisierungsprozesses beim bundesrätlich

angestrebten Beitritt zur EU. Dass solche Verdrehungen („Spins“) der Bedeutung von Worten das Vertrauen in die Regierung zerstören, ist leicht verständlich.

Heute beherrschen einige grosse Unternehmen im Besitz von Finanzfürsten die Mehrzahl der unterschiedlichsten Medien, auch bei uns in der Schweiz. Die Leitmedien, einschliesslich des von uns obligatorisch finanzierten Radios und Fernsehens, geben vor, wie die Welt zu sehen ist, und die von den gleichen Konzernen abhängigen kleineren Regional- und Lokalzeitungen - von ihren Lesern irrtümlicherweise noch als unabhängig gesehen - haben bei wichtigen Themen die wörtlich gleichen Artikel und Beiträge zu veröffentlichen, wie die Leitmedien ihrer Gruppe. Nur bei Berichten über das lokale Jodelchörli oder den Turnverein dürfen sie noch selbstständig berichten.

Vor Abstimmungen werden zwar in der Regel bei uns noch einzelne Beiträge beider Lager zugelassen, aber bei den grossen geopolitischen Fragen wird ganz in eine Richtung manipuliert: Der Westen ist gut und darf und soll sich weltweit einmischen und Völkern mit völlig anderen Kulturen und Wertvorstellungen vorschreiben, wie ihr politisches System auszusehen hat, wer der Regierung angehören soll, dass sämtliche Bereiche zu privatisieren sind, dass die einheimischen Firmen, Böden, Rohstoffe von den grossen Konzernen aufgekauft werden dürfen,

dass sämtliche Schutzmassnahmen für die einheimische Wirtschaft aufzuheben sind etc.

Viele Menschen merken gar nicht mehr, welche ungeheuerlichen Formen diese westliche Einmischung annimmt. Die Einmischung wird z.B. von den Schweizer Leitmedien sogar gefordert: militärische Eingriffe (Bombenkampagnen; Krieg und Besetzung eines Landes); geheimdienstliche Aktionen zum Sturz der Regierung; Unterstützung der Opposition; Sanktionen; Entwicklungshilfe und jede andere nützliche Form.

Die nicht zum Westen gehörenden Staaten, allen voran Russland und China, werden als die internationalen Bösewichte dargestellt, dabei machen sie nichts anderes, als ihre Interessen genau so mit Nachdruck zu vertreten, wie z.B. die USA.

Entsteht in einem Staat eine Opposition gegen einen autoritären Herrscher, der nicht politisch auf der Seite des „Westens“ steht, wie z.B. Saddam Hussein, Gaddafi, Asad u.a., so wird sie von den USA und anderen westlichen Staaten massiv unterstützt und von unseren Medien als „demokratisch, den Menschenrechten und dem Kampf gegen die Korruption verpflichtet“ dargestellt. Dabei werden auch eigentliche Lügen verbreitet. So soll unser Zustimmung zu den Bombenkampagnen und anderen Interventionen gewonnen werden, damit dort vorrangig den USA untertänige Regierungen an die Macht

gebracht werden können.

Dabei haben viele solcher Staaten seit je eine autoritäre und korrupte gesellschaftliche Kultur und sind oft auch Stammesgesellschaften. Deshalb werden die dortigen Menschen, wenn sie der Opposition beitreten, als Träger ihrer Kultur nicht plötzlich waschechte Demokraten und frei von Korruption, wie uns das unsere Medien im Vertrauen auf unsere Unkenntnis der Welt weismachen wollen, sondern sie sind auch selber Träger der Kultur ihres Herrschers, den sie stürzen wollen. Sie setzen sich ganz selbstverständlich für die Interessen ihres Stammes oder ihrer Gruppe ein, und ihre Führungsmglieder wollen selber an die Fleischtöpfe der Macht gelangen. Das erklärt, warum es z.B. in Syrien, Libye, im Irak und anderswo so viele unterschiedliche Kampfverbände gibt, die sich auch untereinander bekämpfen.

Handelt es sich um linke Regierungen in wirtschaftlich und militärisch schwachen Staaten, ob demokratisch gewählt oder nicht, so wird die Opposition durch den „Westen“ (in der Regel die USA) unterstützt oder die Regierung wird der Einfachheit halber gestürzt, entweder durch einen von der CIA (USA) organisierten Putsch (z.B. Salvador Allende, Chile, 1973) oder durch einen militärischen Einmarsch (z.B. Grenada, 1983, Besetzung des winzigen Inselstaates durch 2 US Brigaden), um nur zwei aus vielen Beispielen zu nennen.

Die Berichterstattung über die Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Meinung unseres Volkes über die Grossmächte manipuliert wird. So ist den Lesern unserer Medien die Ungeheuerlichkeit der massiven westlichen Einmischung beim Putsch gegen den gewählten Präsidenten gar nicht bekannt. Schon kurz nach Beginn der durchaus legitimen Opposition gegen den Staatspräsidenten und rund 3 Monate vor dessen Sturz, kam der republikanische Senator John McCain (Vorsitzender des Streitkräfteausschusses und Mitglied andere Ausschüsse) nach Kiew, traf die Führer der Oppositionsgruppen, auch die der faschistischen Svoboda-Bewegung, um das Vorgehen und die Unterstützung durch die USA zu besprechen. In einer Rede auf dem Maidan versicherte er der dort versammelten Opposition, ihr Anliegen werde aus Amerika unterstützt. All dies, während in dem souveränen Staat der zu stürzende gewählte Präsident, Regierung und Parlament im Amt waren. Dann folgte die telefonische Weisung der Stv. Aussenministerin der USA, Victoria Nuland, an den US Botschafter in Kiew, dass Arsenij Jazenjuk nach erfolgreichem Putsch Premierminister werden müsse. Er wurde das dann auch. Schliesslich die Einmischung der EU-Aussenbeauftragten Ashton. Das sind nur die prominentesten Fälle der massiven westlichen Einmischung. (Man kann sich den empörten Aufschrei der NZZ und unserer anderen Medien, und deren Bezugnahme auf Völkerrecht und andere „westliche

Werte“ vorstellen, wenn umgekehrt Russland die britischen Parteien, die den BREXIT anstrebten, oder die Unabhängigkeitsbewegungen in Katalonien und Schottland unterstützt hätte.).

Die allgegenwärtige Manipulation der öffentlichen Meinung erlaubt es den Menschen in unserem Land nicht mehr, sich eine objektive Meinung zum Geschehen in der Welt zu machen. Das wiederum erleichtert es dem Bundsrat, unser Land schleichend in die NATO und EU zu führen, die Globalisierung voranzutreiben und so unser einmaliges demokratisches System und unsere einst weltweit anerkannte Landesverteidigung zu zerstören.

Wie so oft bei westlichen Einmischungen sind wirtschaftliche Interessen im Hintergrund die Antriebskräfte. So begann schon vor dem Umsturz im Rahmen der Globalisierung in der Ukraine ein grossmasstäblicher Aufkauf der dortigen fruchtbarsten landwirtschaftlichen Böden der Welt (Schwarzerde) durch grosse westliche Konzerne. Seither kam noch eine teilweise Übernahme der Wirtschaft dazu. Mit dabei waren z.B. Monsanto, Cargill, DuPont aber auch Chinesische Konzerne. Mit 320'000 Quadratkilometern besitzt die Ukraine eine landwirtschaftliche Nutzfläche, die 1/3 der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der EU entspricht. Obschon die Ukraine, wie die meisten europäischen Staaten genmanipulierte Pflanzen nicht erlaubt, wurde sie durch den Assoziationsvertrag mit

der EU gezwungen, diese zu zulassen.

In diesem Zusammenhang staunt man auch nicht über den „Zufall“, dass Hunter Biden, Mitglied der Führung zahlreicher US Gremien und Unternehmen, darunter des amerikanischen Ablegers des UNO-Welternährungsprogrammes, der Sohn von Joe Biden (bis zum 20.1.2017 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika), nach dem vom „Westen“ unterstützten, erfolgreichen Putsch im Jahr 2014 Verwaltungsrat der Ukraine Burisma Holding, des grössten privaten Gasproduzenten des Landes wurde.

Präsident Putin hat die Gelegenheit der durch die westliche Einmischung ausgelösten innerstaatlichen Unruhen beim Schopf ergriffen, und die Krim wieder mit Russland vereint und sich in der Ostukraine eingenistet. Er hatte schon in den letzten Jahren verschiedentlich gesagt, dass Russland das militärische Näherrücken der NATO an seine Grenze nicht tolerieren könne, und gewaltsam dagegen vorgehen müsse, falls keine einvernehmliche Lösung gefunden werde. Solche an sich wichtigen Nachrichten liest man aber kaum in unseren Medien, da die Leser sonst ja Verständnis für Russland zeigen würden, wie sie das 1962 im umgekehrten Fall taten, als die Sowjetunion auf Kuba, an der Türschwelle der USA, 50 Atomraketen stationierte und Präsident Kennedy mit Krieg drohte, falls sie nicht abgezogen würden, was dann ge-

schah.

Lange vor dem Putsch in der Ukraine, schon am NATO-Gipfel von 2008, wurde in dessen offizieller Erklärung festgehalten, dass die Ukraine und Georgien, die beide direkt an Russland grenzen, in Zukunft Mitglieder der NATO würden. Die seitherige Ungehaltenheit des „Westens“ und seiner Sprachrohre (NZZ u.a.) betreffend Russland erklärt sich damit, dass die geplante Aufnahme der Ukraine ins westliche Lager und seine Aufnahme in die NATO wegen Putins Reaktion weitgehend gescheitert ist.

(Quellen: Vom Verfasser notierte Nachrichten, sowie Die Presse (A) 18.08.2012; Der Freitag (Wirtschaft) 16.01.2016, Wiedergabe eines Artikels von Frédéric Mousseau vom US „Think Tank“ Oakland Institute, Kalifornien, vom 8.04.2015; https://de.wikipedia.org/wiki/Hunter_Biden).

Die Medien unterwerfen sich für ihre Berichterstattung und für ihre Bewertung der Ereignisse ganz den massiv manipulierten Vorgaben von im wesentlichen drei grossen westlichen Nachrichtenagenturen, Associated Press (USA), Agence France-Presse (F), Thomson-Reuters (GB). Diese drei Agenturen verfügen zusammen über rund 11'000 Mitarbeiter und liefern den grössten Teil der Nachrichten, einschliesslich deren Bewertung, an die westlichen Medien. Dazu kommen

noch die Deutsche Presse-Agentur, die Austria Presse Agentur und die Schweizerische Depeschagentur (SDA), die zusammen über rund 1100 Mitarbeiter verfügen und grossen Medienunternehmen gehören, darunter die SDA u.a. der Tamedia und NZZ-Gruppe. Das alles läuft unter dem Titel Globalisierung. (Quelle: Der Propaganda-Multiplikator: Wie globale Nachrichtenagenturen und westliche Medien über Geopolitik berichten).

Es gibt natürlich auch russische, chinesische und andere Nachrichtenagenturen, die im Sinne ihrer Länder wohl auch manipulierend berichten. Man könnte auch deren Nachrichten berücksichtigen, um ausgewogen zu informieren. Aber das wird nicht gemacht. Es gilt ja, den „Westlichen Werten“ und der Globalisierung als Teil derselben zum Durchbruch zu verhelfen.

Ein vielsagendes Beispiel, wie weit die Meinungsmanipulation in der Schweiz bereits geht: Auf Einladung der Schweiz fand am 16./17. Februar 2016 eine grosse NATO Tagung in Zürich statt. Daran nahmen 100 hohe Offiziere vom NATO-Kommando, aller 28 Mitgliedsländer sowie der Schweiz als Mitglied der NATO Partnerschaft für den Frieden sowie der Interoperabilitätsplattform der NATO teil. Das VBS hat erst am Tag, an dem die Tagung begann, ein Communiqué darüber veröffentlicht. In den Schweizer Leitmedien wurde – wohl auf Wunsch des VBS –

nicht über die Tagung berichtet. Auch in diesem Fall hat unser Volk nicht gemerkt, dass es vom Bundesrat geschickt schleichend in die NATO geführt werden soll.

1.9

Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit des einzelnen Menschen

Es entstehen laufend neue grosse weltweit tätige Konzerne. Sie übernehmen immer mehr wirtschaftliche Tätigkeiten, die es bis dahin Einzelnen, Familien und kleinen Unternehmen ermöglichen, im eigenen Land oder sogar darüber hinaus selbstständig und eigenverantwortlich tätig zu sein.

In Europa kann unter vielen Beispielen die bekannte Parfümerie- und Kosmetik-Kette Marionnaud, genannt werden. Sie wurde ursprünglich 1984 von einem Pariser, Marcel Frydman, mit seiner Frau aus einem einzigen Laden gegründet, den er ihr zum Geburtstag geschenkt hatte. Bereits 1996 verfügte die Firma über 45 Läden. Heute sind es mehr als 1200 Läden. Sie gehören dem riesigen Konzern Hutchison Whampao, (seit kurzem CKHutchison genannt), der zwar auf der kleinen Cayman Insel in der Karibik registriert ist, aber in Hongkong seinen Firmensitz hat und zum Mischkonzern Cheung Kong Gruppe gehört, die in China tätig ist. CK Hutchison ist in 56 Ländern in verschiedenen Geschäftsfeldern tätig ist, die oft

kaum etwas miteinander zu tun haben: Hafenbetreiber, Immobilien und Hotels, Einzelhandel mit zahlreichen Gesellschaften in der ganzen Welt (Supermärkte, Einzelhandelsketten, Elektrogeräteläden, Weinkellereien, Marionnaud) Energie, Infrastruktur, Investitionen, Telekommunikation etc. (CKH war auch Gründer von Orange, aber ist mit dieser Telekommunikations-Marke nur noch in Asien und Ozeanien präsent). Sollten gegenwärtig laufende Massnahmen erfolgreich sein, so wird die Gruppe in England bald über das grösste nationale mobile Telefonnetz verfügen.

Der Vorsitzende von CKH, Li Ka-shing verfügt über 55% der Aktien. Aus armen Verhältnissen stammend, verlor er früh den Vater. Er wurde schon als Jüngling zum Ernährer seiner Mutter und Geschwister und musste als Angestellter bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten. Dann gründete er seine Firma und baute sie zielstrebig zur heutigen, globalen Gruppe auf. Er war also ein Unternehmer, ist aber inzwischen zum Finanzfürsten geworden.

Die dazugehörige A.S. Watson & Co. Ltd. ist weltweit der grösste Einzelhändler von Gesundheits- und Schönheitsprodukten. CKHutchison hat fast 300'000 Mitarbeiter in einem Angestelltenverhältnis, also Menschen im Zustand der wirtschaftlichen Unselbständigkeit, bzw. Abhängigkeit.

(Quelle: https://suche.gmx.net/web?origin=tb_startpage_

ff&currPath=starthp&currSrc=tb_startpage_ff&q=hutchinson+whampao; http://www.hutchison-whampoa.com/; http://www.ckh.com.hk/en/about/overview.php).

Für tatkräftige und kreative Menschen und ihre Staaten wäre es besser, wenn möglichst viele selbständige, eigenverantwortliche UnternehmerInnen werden könnten. Aber wenn die Globalisierung weitergeht, wird es diese Gattung schwerer haben, sich zwischen den lokalen Verkaufs- oder Dienstleistungsstellen der grossen Konzerne und der staatlichen Bürokratie zu behaupten und bis zu einer vernünftigen Grösse zu wachsen. Es gibt aber noch die Möglichkeit, formell als Unternehmer tätig zu sein, in Wirklichkeit jedoch für einen grossen Konzern als Zulieferer oder Verkäufer von dessen Produkten oder Dienstleistungen zu arbeiten. Damit tragen die kleinen Unternehmen zwar das geschäftliche Risiko, aber wirtschaftlich hängen sie vom Konzern ab, der die Preise und die Marge des Kleinunternehmens festlegt. Wir kennen diese Konstruktion auch schon in gewissen Branchen in der Schweiz.

Offen ist im Moment, ob die angekündigte Roboterisierung die Wirtschaft wirklich umfassend revolutionieren oder nur Teilbereiche erfassen wird, ob sie wenigstens die industrielle Produktion aus den Entwicklungs- und Schwellenländern wieder zurück in ihre ursprünglichen Standortländer bringt

und ob und welche Art von neuen Stellen unter Umständen entstehen, um den Menschen Arbeit zu geben. Es lässt sich auch noch nicht überblicken, ob damit für aktive, zu harter Arbeit bereite, unternehmungsfreudige Menschen die Möglichkeit erleichtert wird, selbstständige Unternehmer zu werden.

1.10

Ausverkauf und Ausbeutung von weltweiten Ressourcen bis zu deren Erschöpfung

Die Weltbevölkerung beträgt heute rund 7.5. Milliarden Menschen. Im Laufe der nächsten sechs Jahre kommen so viele weitere dazu, wie die EU Einwohner hat, d.h. 500 Millionen (siehe Abschnitt 1.11) und so wird es weiter gehen. Die Menschen brauchen Lebensmittel, Wasser, Rohstoffe. Das bietet den Finanzfürsten enorme Möglichkeiten, noch reicher und mächtiger zu werden. Sehr oft übernehmen nach militärischen Interventionen des Westens – ausgelöst, um sogenannten „höheren Werten“ zum Durchbruch zu verhelfen - grosse Konzerne die in den angegriffenen Länder vorhandenen Ressourcen.

So sind riesige Unternehmen entstanden, die weltweit die Ressourcen, landwirtschaftliche ertragreiche Böden, Lagerstätten von Rohstoffen und Süsswasserquellen aufkaufen, Wälder abholzen, Meere leer fischen. Diese

Ressourcen würden auch ausgebeutet, wenn es keine Konzerne gäbe, aber die Erträge, in Form von Nahrung, Rohstoffen oder aus deren Verkauf (nach Übersee) kämen den Menschen, die dort leben, zugute. Jetzt werden die Finanzfürsten noch reicher und mächtiger und die Staaten und ihre Menschen verlieren noch mehr die Kontrolle und bleiben oft arm.

Im Jahr 2011 befanden sich beste landwirtschaftliche Böden auf allen Kontinenten - der Fläche Westeuropas entsprechend - bereits in den Händen grosser Konzerne (Quelle: NZZ Folio, 11/2012). Der Aufkauf geht grossmassstäblich weiter, wobei als neue Käufer Länder wie China, Indien, Japan, sogar Saudi Arabien, und noch viele andere dazu gestossen sind. Sie alle fürchten, bald ihre wachsende Bevölkerung nicht mehr ernähren zu können.

China ist ein anschauliches Beispiel. Es macht sich grosse Sorgen, hat es doch seit der grossen Reform von 1978 bis 2012 wegen Überbauung, Verseuchung, Vordringen der Wüste, Erosion, Bodendegradation bereits 200'000 Quadratkilometer besten landwirtschaftlichen Bodens verloren. Das entspricht fünfmal der Fläche der Schweiz. Es benötigt zur Ernährung seiner gegenwärtigen Bevölkerung 1.12 Millionen Quadratkilometer und hat nur noch 1.2 Millionen. Der Landverlust geht weiter und gleichzeitig wächst auch die Bevölkerung weiter. Laut einer sich über einen Zeitraum von einigen Jahren

erstreckenden Untersuchung von 100'000 Proben, die 6.3 Millionen Quadratkilometer chinesischen Bodens entnommen wurden, zeigte sich, dass 20% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens bereits verseucht sind, u.a. durch Schwermetalle, davon 4/5 teilweise weit über dem noch tolerierbaren Mass. Das führt in stark betroffenen Gebieten zur Verseuchung der dort wachsenden Lebensmittel. So mussten z.B. im Jahr 2012 12 Millionen Tonnen verseuchten Korn vernichtet werden. China muss nun mit grossen Kosten versuchen, die verseuchten Seen, Flüsse und Landwirtschaftsgebiete zu sanieren.

(Quellen: Ministry of Agriculture, China, zitiert im China Daily, 18.04.2014; Ministry of Land and Resources China, zitiert in der Global Times vom 07.06.2013).

Weltweit, auch bei uns in der Schweiz, geht der Verlust landwirtschaftlichen Bodens wegen Infrastruktur- und Städtebauten, Verseuchung, Vordringen der Wüsten, Erosion, Degradation weiter. Sollte die Klimaerwärmung und damit das Schmelzen des Eises an den Polen und in den Gebirgen weitergehen, wird irgendwann in einer nicht sehr entfernten Zukunft auch der Meeresspiegel steigen und zum Überfluten riesiger flacher Gebiete mit Milliarden von Menschen auf allen Kontinenten führen. Bis jetzt sind erst einige kaum über die Wasseroberfläche reichende Inseln im Pazifik davon betroffen.

Ohne die langfristige Entwicklung der Weltbevölkerung und des global verfügbaren landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in Betracht zu ziehen und in völliger Missachtung der Notwendigkeit, im Hinblick auf die sich daraus ergebende wachsende Instabilität der Welt und der Versorgungslage, selber eine lebensfähige Landwirtschaft zu erhalten, gibt es auch bei uns in der Schweiz Stimmen, die fordern, wir sollten uns ganz auf den „Weltmarkt“ verlassen, d.h. unsere Lebensmittelproduktion im Rahmen der Globalisierung (Freihandel) dem grenzenlosen Weltmarkt und damit den Beherrschern von Lebensmittelproduktion und -handel zu unterwerfen. Unser Landwirtschaft kann netto ohnehin nur 55% unseres Lebensmittelbedarfs decken. Wir bleiben von den Produzenten im Ausland abhängig, wie immer mehr andere Länder auch. Bis auf weiteres ist unsere Landwirtschaft einer preislich heute noch nicht zu schlagenden Konkurrenz ausgesetzt, d.h. dass im Ausland produzierte Lebensmittel wesentlich billiger sind als die bei uns hergestellten. In einer sich bereits abzeichnenden Zukunft, wenn das Ungleichgewicht zwischen Weltbevölkerung und Nahrungsmittelproduktion noch grösser wird, können die Preise der Lebensmittel von den grossen Konzernen immer weiter hinaufgesetzt werden, aber wir hätten dann keine Bauern mehr, die Lebensmittel auf einem ver-

nünftigen Preisniveau im eigenen Land produzieren könnten, wenn wir unsere Landwirtschaft heute fallen lassen würden.

Quellen:

<http://www.agrarbericht.ch/de/markt/marktentwicklungen/selbstversorgungsgrad>

Laut zahlreicher Quellen (u.a. FAO) stehen gegenwärtig auf der Welt pro Mensch noch ca. 2000 Quadratmeter landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Verfügung, d.h. Acker- und Weideland. Sie wird mit zunehmender Weltbevölkerung und dem weiteren Verlust von nutzbarem Boden weiter abnehmen. Wir können zwar noch neue landwirtschaftliche Nutzflächen schaffen, indem wir Methoden zur Bewässerung von Teilen der Wüste entwickeln, nicht sehr produktives Land bewirtschaften, weitere Wälder abholzen. und die technisierten Produktionsverfahren in Treibhäusern und Fabriken weiterentwickeln. Aber die negative Entwicklung, heute u.a. der Verlust von 100'000 Quadratkilometer Ackerlands pro Jahr, wird höchstens etwas verlangsamt – auf Kosten anderer ebenfalls überlebenswichtiger Flächen. (Jährlich gehen 95'000 Quadratkilometer Wald durch Abholzen, Brände und Krankheiten verloren. Das entspricht mehr als der doppelten Fläche der Schweiz. 2014 wurden allein in Brasilien 5900 Quadratkilometer abgeholzt).

(<http://www.globometers.com/pt/>;
<http://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/globale-bevoelkerungs-entwicklung-nahrungsmittelproduktion-und-umweltfolgen/>)

Der grossmasstäbliche Aufkauf landwirtschaftlichen Bodens durch Länder und Konzerne hat in den hauptsächlich betroffenen afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Ländern zwei verheerende Folgen:

Die meisten der aufgekauften Böden waren bzw. sind bis zum Verkauf noch im Besitz von Bauern, deren Lebensgrundlage die Landwirtschaft auf in der Regel sehr kleinen Grundstücken war. Sie waren hauptsächlich Selbstversorger ihrer Familien. Diejenigen, die darüber hinaus Überschüsse erzielten, verkaufen die Produkte auf einem lokalen Markt oder Händlern. Nach dem Landverkauf an fremde Staatsunternehmen und private Konzerne, in der Regel über die Köpfe der Betroffenen hinweg von meistens korrupten Regierungen durchgeführt, müssen sie ihren Boden verlassen und verlieren ihre bisherige Lebensgrundlage. So zogen und ziehen weiterhin Millionen in die Slums der grossen Städte, wo sie – da nie einen Beruf erlernt - arm bleiben.

Die neuen Landbesitzer bauen riesige, höchst effiziente Plantagenbetriebe mit wenig Arbeitskräften auf. Dort wird praktisch ausschliesslich für den Export in die reichen Länder produziert (Palmöl, Soja, Kakao, Kaffee, Baum-

wolle, Reis, Weizen, Mais, Bananen, Rohstoffe für die Treibstoffproduktion, aber auch Blumen in grossen Mengen, z.B. Rosen in Äthiopien). Die Produktion von Futter für die Tiere, die das Fleisch für unseren aufwändigen Lebensstil liefern, beansprucht einen Drittel der weltweit verfügbaren Ackerfläche. Die Flächen in den Drittweltländern, die der Produktion der Lebensmittel für Mensch und Tier in den modernen, kaufkräftigen Staaten wie auch der Schweiz dienen, fallen als Lebensgrundlage der dortigen einheimischen Bevölkerung weg.

Sehr grosse Rohstoffkonzerne, darunter seit kurzem an vorderer Stelle auch Staatskonzerne aus China, kaufen weltweit Lagerstätten für Rohstoffe auf und betreiben dort Minen für den globalisierten Markt oder um ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Auch in diesem Fall verlieren die betroffenen Staaten die Kontrolle, oft werden tausende der ursprünglich dort lebenden Menschen vertrieben. Bei den Abbauarbeiten in gewissen gigantischen Minen wird zusätzlich auch noch sehr viel Wasser gebraucht und verseucht.

Die UNO hat den Zugang zu Trinkwasser schon lange als ein Menschenrecht bezeichnet. Aber seit Jahren werden die Quellen guten Trinkwassers und von Grundwasser von grossen Nahrungsmittelkonzernen, darunter Nestlé, aufgekauft. Das ist problematisch, wenn Wasser zum grossen Exportgeschäft werden soll. Dazu kommt noch

die Übernutzung des Wassers durch die grossen Städte und die Landwirtschaft.

In Saudiarabien wurden die fossilen Grundwasserlagerstätten mitten in der Wüste benutzt, um grosse Farmen mit holländischen Hochleistungsmilchkühen und Weizenfarmen aufzubauen. Inzwischen ist der Grundwasserpegel einige hundert Meter weit abgesunken, und an vielen Stellen dringt Salzwasser ein. Die Regierung hat diese künstliche Hochleistungslandwirtschaft, die wie überall sehr viel Wasser braucht, gestoppt, damit die verbleibenden Grundwasserreserven länger für die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser ausreichen. Dagegen kauft das Land nun weltweit, auch in armen Ländern wie Pakistan, landwirtschaftlichen Boden auf und sichert sich das Recht, die dort produzierten Lebensmittel zu sich zu exportieren. Dazu kann es sich als reiches Erdölland leisten, sehr teures Trinkwasser durch Meerwasserentsalzung zu produzieren (ca. 8% seines Bedarfs).

In Lybien begann Gaddafi 1983 das „Great-Man-Made-River-Project“ unter dem Slogan „Wasser statt Waffen“. Es wurde das grösste Röhrensystem der Welt (Rohre von 4 Metern Durchmesser) mit riesigen Pumpenanlagen aufgebaut, um das völlig saubere fossile Grundwasser aus der Sahara über je 3500 km an die Küste und in die grossen Städte (Tripolis, Bengasi) zu transportieren. Es sollte die Wasserversorgung des Landes und anderer

afrikanischer Länder langfristig sicherstellen. Dazu wurde eine Röhrenfabrik aufgebaut, um die Rohre für Reparaturen und den Weiterausbau herstellen zu können.

Im Land gibt es praktisch keinen Regen, oder wenn, dann verdunstet das Wasser gleich, keine Flüsse, keine natürlichen Seen. Nachdem anfänglich ausländische Firmen beauftrag wurden, das System aufzubauen, übernahm das Land bald selber die volle Verantwortung, nachdem es die Kompetenz dazu erworben hatte. Vor dem NATO-Angriff stand Lybien in dieser Technologie weltweit an der Spitze. Von den von Gaddafi geplanten fünf Teilen konnten bis zum Luftkrieg des Westens nur drei Teile fertiggestellt werden, aber es war schon damals das grösste Wasserprojekt der Welt.

Im Juli 2011 wurde die Röhrenfabrik bei einem NATO-Luftangriff mit der Begründung zerstört, es handle sich um eine militärische Versorgungseinrichtung, nachdem vorher schon eine der grossen Wasserleitungen bei Brega zerstört worden war (eine eindeutige Verletzung von Art. 54 des Völkerrechts). Sofort brach die Wasserversorgung von 50% der Bevölkerung zusammen. Gegenwärtig funktioniert nur noch einer der drei vor dem NATO-Angriff bereits fertig gestellter Teile. Im Gegensatz zu Saudi Arabien sind die lybischen Wasserreserven in der Sahara gigantisch und betragen allein an drei Lagerstätten rund 37'000 Kubikmeter, das ist soviel Wasser, wie der Nil in rund 400 Jahren ins Mittelmeer

transportiert. Es scheint, dass UNO und Weltbank Pläne hegen, das grosse Projekt zu privatisieren.

(<http://www.3sat.de/page/?source=ard/dokumentationen/174944/index.html>; <http://www.3sat.de/page/?source=/boerse/magazin/168606/index.html>; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-69518860.html>; <https://www.freitag.de/autoren/gela/das-great-man-made-river-projekt>; <http://www.gegenfrage.com/great-man-made-river-projekt/>; <http://derwaechter.net/der-groese-von-menschenhand-geschaffene-fluss-gaddafis-was-ist-damit-passiert>)

Weltweit ist Trinkwasser heute schon Mangelware; sein Preis hat sich da und dort wegen der Privatisierung verdoppelt. Pro Jahr werden bereits 200 Milliarden Liter Wasser in Flaschen abgefüllt. An vielen armen Orten ist Trinkwasser nur noch in Flaschen erhältlich und für die lokale Bevölkerung kaum erschwinglich. An vielen Stellen, auch auf anderen Kontinenten, sind die lokalen Brunnen ausgetrocknet, da die Quellen von den grossen Konzernen abgesaugt werden. Dazu wird immer häufiger, auch in unseren entwickelten westlichen Staaten, die bisher in öffentlicher Hand befindliche Wasserversorgung privatisiert, und damit verteuert. Die schon vor mehr als zwanzig Jahren abgeschlossenen und neu dazukommende Freihandels-, und Investitionsschutzabkommen und andere Verträge

sehen die Privatisierung fast sämtlicher Bereiche vor.

Unabhängig davon, ist nur schon aus natürlichen Gründen die Wasserversorgung einiger Milliarden Menschen jedes Jahr, je nach Wetterlage, für kürzere Perioden kritisch, bei mehr als einer Milliarde ist sie dauernd höchst kritisch. Dazu kommen Probleme wegen Bewässerungsanlagen, Wasserversorgung, Speichern zur Elektrizitätsgewinnung, Industrien die mit Abwässern oft die Natur verseuchen. Von diesen Flüssen extrem abhängigen Staaten, die am Unterlauf gelegen sind, geraten in Bedrängnis

Beispiele von Einflüssen >> :

Äthiopien und Sudan>>Ägypten, Türkei>>Irak,Syrien>>Irak, Indien>>Bangladesh, Israel>> Jordanien und Israel>>Palästinensergebiete, Indien>>Pakistan, sowie Österreich>> Balkan. Im kleinen Massstab gilt das auch für das Wasserschloss Schweiz als Quelle des Rheins, der Donau (Inn) und der Rhone.

Das verfügbare Süsswasser geht weltweit zurück. So aus menschengemachten Gründen z.B. im Tschadsee in Zentralafrika. Bedeckte er 1963 noch eine Fläche von 25'000 Quadratkilometern ist er bis 2001 auf noch 1'350 Quadratkilometer und seither weiter geschrumpft. Er ist von grösster Bedeutung für die bisherigen Anrainer, Niger (eines der ärmsten Länder der Welt), Nigeria, Chad und Kamerun, die dort die Wälder abholzten, mit darauf fol-

gender Trockenheit, und das Wasser extensiv für Bewässerungszwecke aufbrauchten. Einige Staaten haben wegen des Rückzuges der Ufer keinen direkten Zugang mehr zum See. Betroffen sind gegen 70 Millionen Menschen. Gegenwärtig prüft ein chinesischer Konzern, der u.a. den Dreischluchtenstaudamm verwirklicht hat, die Möglichkeit, den See durch die schon früher ins Auge gefasste und wieder fallen gelassene Umleitung eines Flusses in ihn zu retten.

(Quelle: <https://www.water-for-africa.de.org/tschadsee.html>; www.eir.de, Bezugnahme auf den strategischen Newsletter 01/2017; <http://www.unep.org/dewa/vitalwater/article116.html>).

Ein anderes Beispiel: Hatte China 1990 noch rund 50'000 Flüsse mit einem Einzugsgebiet von je mindestens 100 Quadratkilometern, zeigte ein 2011 durchgeführte landesweite Erhebung, dass die Anzahl auf Rund 23'000 geschrumpft war.

(Quelle: Peter Brabeck (Nestlé) und Asik Biwas im China Daily vom 5.6.2013).

In den Gebirgsländern kündigt sich am Horizont ein Veränderung des Wasserhaushalts an, sollte sich das Klima weiter erwärmen und die Gletscher weg-schmelzen.

Da heute die Wasserversorgung weltweit schon höchst kritisch ist und sich rasch weiter verschlechtert, halten viele Fachleute Wasser für einen der wichtigsten Kriegsgründe unseres 21. Jahrhunderts. Die zukünftige weltweite Wasserknappheit, bzw. die Kosten der Süßwassergewinnung aus Meerwasser, werden den Konzernen, die rechtzeitig viele guten Quellen und Rechte auf Grundwassere aufkaufen, in Zukunft noch bessere Einnahmen beschieren.

Über das, auch von asiatischen Fischern mit ihren 50-km langen Schleppnetzen überfischten Mittelmeer hat jeder schon in der Zeitung gelesen. Jetzt sind sie vor Westafrika am Werk. Dort waren die am Meer wohnenden Menschen stets vom Fischfang abhängig. Ganze Dorfgemeinschaften zogen jeweils an beiden Enden die langen Netze an Land. Dann wurde die reiche Beute noch am Sandstrand an alle verteilt. Was wird daraus?

Wir stossen immer mehr an Grenzen. So ist z.B. bei uns die Handhabung des Mülls, der Abwasser und der Abgase noch teilweise unter Kontrolle. Aber in vielen ärmeren Ländern, obschon sie pro Kopf der Bevölkerung nur einen Bruchteil des Mülls der hochentwickelten Länder wie der Schweiz produzieren, ist die Menge an festem und flüssigem Müll und Abgasen nicht mehr zu beherrschen und verschmutzt und verseucht den Boden, die Gewässer, die Meere und die Luft. Die weit über zugelassene Werte ansteigende Luftverseu-

chung in China ist allgemein bekannt, ebenso die riesigen Wirbel von Plastikmüll im Pazifik. Aber auch viele grosse Bodenflächen, Seen und Flüsse sind bereits voll Plastik. Der Plastik zerfällt zu winzigen Teilchen und gelangt da und dort ins Trinkwasser oder über die Fische in die Menschen. Da das Plankton, d.h. die winzigen Lebewesen, die weit vorne in der Nahrungskette der Meere stehen, die Plastikteilchen nicht verdauen können, wird das Plankton zerstört. Vielerorts kommen wegen des Plastiks und dem absterbenden Plankton bereits viele Vögel und Fische um. Die entwickelten Länder beherrschen den Müll teilweise noch über die organisierte Wiederverwertung und die Verbrennung. Aber teilweise auch, weil sowohl die USA als auch Europa im Rahmen der Globalisierung bedeutende Mengen, besonders mit Giftstoffen verseuchten oder radioaktiven Mülls, nach Asien, Afrika und Lateinamerika exportieren.

Sehr gefährliche Abfälle sind zunehmend ein Thema der internationalen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Grosse Mengen davon werden Tag für Tag über die Weltmeere nach West- und Zentralafrika transportiert. Darunter befindet sich elektronischer, radioaktiver und medikamentöser Müll. 2006 brachte das Schiff Probo Kala über 500 Tonnen Giftmüll im Auftrag des Rohstoffhandelskonzerns „Trafigura“ nach Abidjan. Viele Menschen erlitten Gasvergiftungen. Zwischen 2007 und 2010 musste der Konzern 49 Millionen \$ Ent-

schädigungen, 154 Millionen \$ an die Regierung der Elfenbeinküste und 1.2 Millionen \$ Busse zahlen.

Accra, Hauptstadt Ghanas, hat einen der grössten Elektronikschrotthaufen der Welt. Monatlich werden dort mehr als 100 Container aus Europa und den USA entsorgt. Erwachsene und Kinder zerschlagen dort den Müll und vergiften sich dabei. Grosse Mengen elektronischen Mülls werden auch nach China transportiert, wo wertvolle Stoffe (z.B. Gold) zurückgewonnen werden.

(http://www.gesundesreisen.eu/print_artikel_details.php?contentType=2&themaID=771)

Spektakulär verlief der 16 Monate lange Versuch von 1989 des Frachtschiffes Khian Sea, 14'000 Tonnen toxischer Asche von einer Kehrrichtverbrennungsanlage von Philadelphia (USA) irgendwo in der Welt los zuwerfen. In Haiti konnte das Schiff mit der Behauptung, es handle sich um Dünger, 4000 Tonnen an einem Strand abladen. Greenpeace informierte die Regierung, worauf diese forderte, den Müll wieder aufzuladen. Aber das Schiff fuhr davon, von einem Land zum nächsten. Aber alle in Mittel- und Südamerika, Europa (Jugoslawien), Afrika, und Asien (Singapore) lehnten den Müll ab, obschon das Schiff unterwegs zweimal seinen Namen geändert hatte, in der Hoffnung, nicht erkannt zu werden. Es hatte dann auf Weisung der beiden Eigentümer des

Unternehmens den Müll unterwegs an verschiedenen Stellen ins Meer gekippt, wofür diese 1993 bestraft wurden.

(Quelle: [https://en.wikipedia.org/wiki/Khian_Sea_waste_disposal_incident.](https://en.wikipedia.org/wiki/Khian_Sea_waste_disposal_incident))

Die Affäre um die Khan Sea 1989 führte zur Basler Convention, die besonders den Handel mit verseuchtem Müll regeln soll. Die USA haben sie bis heute nicht ratifiziert. 1999 wurde sie verschärft, um die genannten Probleme anzugehen, aber nur von wenigen Staaten unterzeichnet. Wegen mehrerer schwerer Fälle illegaler Importe lebensgefährlichen Mülls (wie der oben erwähnte), die manchmal auch zu zahlreichen Todesfällen führten, und infolge der teilweisen Wirkungslosigkeit der Basler Convention schlossen die afrikanischen Länder 1991 unter Bezug auf die Basler Konvention die wesentlich schärfere Bamako Convention ab, die aber erst 1998 in Kraft trat. Deren Sekretariat befindet sich am Sitz des United Nations Environment Programm (UNEP) in Nairobi.

Das nicht bewältigte Müllproblem zeigt sich in vielen Formen. Der vor nicht langer Zeit aus China gemeldete Fall ging um die Welt, als 20'000 tote Schweine, die nach einer Seuche von den Bauern in den Fluss Huang Pu geworfen worden waren, nach Schanghai gespült wurden.

Auch dort, wo es auf den ersten Blick

aussieht, als sei das Problem begriffen worden, geht es im alten Stil weiter. Die Verfasser sah einmal auf einer grossen griechischen Fähre mit Befriedigung überall grosse, mit Plastiksäcken ausgekleidete Abfallcontainer. Die Freude über diese Umweltfreundlichkeit dauerte nicht lange. Ca. 1 Stunde vor Ankunft im Hafen wurden die Plastiksäcke aus den Containern gehievt, zugebunden und über das Heck ins Meer geworfen. Einige Kilometer weit zurück reichte die langsam untergehende Müllsack-Perlenkette im Kielwasser, umschwärmt von kreischenden Möven, die hofften, noch etwas Essbares beim Zerplatzen der Säcke auf der Wasseroberfläche zu finden. Da das schon immer so gemacht wurde, kann man sich vorstellen, wie gigantisch der Müllhaufen am Grund des Mittelmeeres ist.

Gegenwärtig produziert die Welt pro Jahr laut Weltbank 1.3 Milliarden Tonnen Müll. Bis 2025 soll er auf 2.2 Milliarden Tonnen ansteigen. Je reicher die Länder sind, desto mehr Müll produzieren sie pro Einwohner. Man kann das gut begreifen, schaut man sich unsere täglichen Einkäufe in den Supermärkten an: Alles ist in Karton, Plastik, Papier, Metallbüchsen u.a. abgefüllt. Jeder weiss, wie müllaufwändig z.B. die Milch heute angeboten wird. So brauchen wir alleine in der Schweiz für die Milch pro Jahr so um die 500 Millionen Karton- und Plastikflaschen oder -beutel, die alle nachher zu Müll werden, aber wenigstens teilweise wieder aufgearbeitet werden. Die OECD, der die west-europäischen Ländern, sowie die

USA, Australien, Neuseeland, Korea und Mexiko angehören, produzierten 2005 mit 572 Millionen Tonnen 44% des weltweiten Mülls, Ost-Asien Pazifik (mit China) 270 Millionen, Lateinamerika mit der Karibik 160 Millionen, Zentralasien und östliches Asien 93 Millionen, Südasien (mit Indien) 70 Millionen, Mittlerer Osten und Nordafrika 63 Millionen, Afrika südlich der Sahara 62 Millionen. Dabei zeigte eine nähere Analyse, dass touristisch genutzte Inseln in Afrika, Asien und der Karibik, also die Inseln, auf denen wir aus den reichen Ländern Ferien verbringen, im Vergleich zum gesamten erfassten Kontinent (z.B. Afrika) überdurchschnittlich viel Müll produzieren.

1.11

Bevölkerungswachstum und Armut

Im soeben vergangenen Jahr 2016 starben weltweit rund 58 Millionen Menschen, geboren wurden im gleichen Zeitraum 146.5 Millionen. Die Menschheit hat also letztes Jahr um 88,5 Millionen zugenommen (Quelle: counrymeters.info/de/world). Nach anderen Zahlen „nur“ um 83 Millionen, entsprechend der Bevölkerung Deutschlands. Mit anderen Worten und nehmen wir die tiefere Zahl als Basis: In den letzten 6 Jahren hat die Menschheit um rund so viele Menschen zugenommen, wie die Europäische Union Einwohner hat, nämlich um rund 500 Millionen, und sie wird in den nächsten 6 Jahren um weitere rund 500

Millionen wachsen und so wird es weitergehen. Total beträgt die Weltbevölkerung heute rund 7.5. Milliarden. Auch wenn die Anzahl von Kindern pro Frau langsam abnimmt, wird die Weltbevölkerung weiter massiv zunehmen. Dabei haben die ärmsten Ländern am meisten Kinder pro Frau, während die Einwohnerzahl der entwickelten Länder eher abnimmt. (Quelle: <http://www.bpb.de/70492>).

Seit Oktober 2015 ist laut UNO unter der Armutsgrenze, wer pro Tag nicht mehr als 1.90 Dollar zur Verfügung hat (vorher 1.25\$). Das sind je nach Quelle rund 1 Milliarde Menschen. Aber ist nicht auch sehr arm, wer 2.50 \$ oder sogar 3 \$ pro Tag hat? Wir müssen davon ausgehen, dass 5-6 Milliarden Menschen nach unseren Begriffen sehr arm sind und das selber auch so sehen. Inzwischen wissen alle Menschen, dass wir ein sehr gutes Leben führen, bei uns sogar ein Luxusleben, und dass jedem bitterarmen Menschen, der zu uns kommt, durch die Sozialdienste ein aus seiner Sicht sehr gutes Leben bezahlt wird. Das ist der Grund für die Völkerwanderung. Die ausgesandten Willkommensrufe sind, zusammen mit der Hoffnung auf ein gutes Leben, die Antriebe für viele Dutzend Millionen, nach Meinung von Spezialisten alleine in Afrika sogar hunderte von Millionen, die sich auf den Weg nach Europa machen wollen.

Wir lassen uns von der Foto eines er-

trunkenen Kindes für einige Tage emotional aufladen und rufen nach grosszügigen Massnahmen. Aber es hat die meisten von uns bisher nicht interessiert, dass laut UNO täglich rund 14'000 Kinder und 10'000 Erwachsene an Unterernährung sterben und viele Tausende weitere mangels medizinischer Versorgung. Täglich ertrinken auch irgendwo Kinder, aber da es uns nicht mit eindrücklichen PR-Fotos zur Kenntnis gebracht wird, kümmert es uns auch nicht.

Es gibt bei uns viele Menschen, die Gutes tun und helfen wollen, um die Probleme der Welt zu lösen. Auch Politiker sagen gegenwärtig, wir müssten den Menschen in armen Ländern vor Ort helfen, damit sie nicht zu uns auswandern, um dann grösstenteils von unseren Sozialwerken zu leben. Aber niemand stellt die Frage, ob das überhaupt möglich ist.

Betrachte man nur Afrika: Seine Bevölkerung betrug 2016 rund 1,2 Milliarden Menschen. Mit 2.6% jährlicher Zuwachsrates wächst dort die Bevölkerung weltweit am schnellsten, gegenwärtig um 22 Millionen pro Jahr. Insgesamt wurden in Afrika 2016 rund 53 Millionen Kinder geboren, davon ersetzten 31 Millionen die im gleichen Zeitraum gestorbenen Menschen. Die erdrückende Mehrheit sind Kinder armer Eltern. In Zukunft geht die Entwicklung in gleichen Grössenordnungen weiter, auch da der Geburtenrückgang pro Frau in Afrika nicht so stark ist, wie von Exper-

ten vorausgesagt. Nehmen wir an, wir wollten Afrika helfen, seinen Kindern eine gute Ausbildung zu geben und es dauere im Durchschnitt 15 Jahre, bis ein Mensch von der 1.Klasse bis zum Abschluss der Berufsausbildung oder des Studiums braucht. Das sind 15 Jahrgänge von je rund 50 Millionen junger Menschen. D.h. dass gegenwärtig und in der vorausschaubaren Zukunft jährlich 750 Millionen junger AfrikanerInnen gleichzeitig in verschiedenen Altersstufen sind, in der sie ihre Schulbildung und Berufsausbildung erhalten sollten. Jährlich würde ein Jahrgang von 50 Millionen nach Abschluss seiner Ausbildung ins Leben entlassen und ein neuer Jahrgang von 50 Millionen käme gleichzeitig dazu und finge in der ersten Primarklasse an. Dafür müssten gute Schulen, Lehrwerkstätten, Universitäten, oft auch Wohnungen für die Lehr- und dort tätigen Arbeitskräfte und die Auszubildenden gebaut und dann sauber und funktionstüchtig gehalten werden. Es braucht gute Transportmöglichkeiten aus den Städten und Dörfern in die Schulen. Es müssten Millionen guter Lehrkräfte, LehrmeisterInnen, UniversitätsdozentenInnen ausgebildet und bezahlt werden. Der Strom und die Wasserversorgung müssen, neben vielem anderen, gewährleistet sein. Alle müssten auch genug zu essen bekommen, ein Minimum an Kleidern haben. Wir müssten in den souveränen afrikanischen Ländern auch die Autorität haben, alle Anforderungen an das Verhalten der Lehrkräfte und der jungen Menschen und alle an-

deren Beteiligten, sowie die nötigen Bedingungen und Voraussetzungen durchzusetzen, damit die Ausbildung auch erfolgreich ist. Schliesslich müssten wir durchsetzen können, dass die Ländern den Teil der Finanzierung übernehmen, den wir nicht übernehmen können, und dass die Gelder nicht im Sumpf der Korruption versinken. Selbst wenn die entwickelten Länder, also wir, nur einen kleineren Teil dieser Aufgaben übernähmen, wären wir restlos überfordert. Dabei wurde hier nur eines der vielen Probleme Afrikas beschrieben. Und schliesslich: es gibt hunderte von Millionen bitterarmer junger Menschen in den gleichen Altersgruppen auch im Mittleren Osten, in Asien, in Südamerika. Alle diese genannten gigantischen Aufgaben müssten wir übernehmen, damit die Menschen nicht mehr zu uns auswandern wollen.

Kenia diene als konkretes, punktuell Beispiel des Verhältnisses der Entwicklungszusammenarbeit zum Bevölkerungswachstum. Als die damalige Firma des Verfassers in Kenia 1968 mit einem Projekt der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) anfang, zählte das Land rund 10 Millionen Einwohner, davon waren laut UNO rund 82% bitterarm, also 8 Millionen. Heute beträgt die Armut „nur“ noch 43%, aber bei einer Bevölkerung von inzwischen 47.8 Millionen, sind heute rund 20 Millionen bitterarm. Von diesen 20 Millionen sind alleine im Jahr 2015 1.2 Millionen Menschen neu dazu gekom-

men (Geburten abzüglich Todesfälle, einschliesslich Zu- und Abwanderung). Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40%. Im Rahmen des DEZA-Projektes wurden in diesem langen Zeitraum gegen 60'000 Menschen in 1, 2 und 4-Jahreskursen vom Hotel- oder Tourismus-Fachmann (z.B. Koch) bis zum Direktor ausgebildet. Aber was bedeutet diese an sich hohe Zahl ausgebildeter Fachleute im Vergleich zu den inzwischen 20 Millionen armer Menschen? Wollen die Armen deswegen nicht mehr zu uns auswandern?

(Quelle: Erfahrungen des Verfassers und lexas.de/afrika/Kenia/index.asp; länderdaten.de/wirtschaft/armutsgrenze.aspx).

Hier noch ein Vergleich der Bevölkerung und Armut zwischen der Schweiz und Niger. 1959 betrug die Bevölkerung der Schweiz rund 5 Millionen, die Nigers 3.2 Millionen. Heute beträgt sie in der Schweiz rund 8.5. Millionen, die Nigers 21 Millionen. Pro Frau werden in der Schweiz 1.5 Kinder geboren, in Niger 7.6 Kinder, also das Fünffache. Das kaufkraftbereinigte Jahres-Bruttoinlandprodukt pro Kopf betrug 2013 in der Schweiz 46'430\$ \$, das von Niger 829 \$, d.h. rund 1,8% desjenigen der Schweiz. Schliesslich noch ein Vergleich der 1-14-jährigen. In der Schweiz sind 14.8% in dieser Altersgruppe, in Niger 50.5%. Ähnliche Verhältnisse bestehen in vielen Ländern der Welt. Das zeigt, was auf uns zukommt, wenn wir

keine drastischen Massnahmen ergreifen. Die UNO schätzt, dass die Weltbevölkerung bereits im Jahr 2043 9 Milliarden Menschen umfassen wird.

(Quellen: countrymeters.info.de/world; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1738/umfrage/verteilung-der-weltbevoelkerung-nach-kontinenten/laenderdatenbank.weltbevoelkerung/de/indikator/gesamtfruchtbarkeitsrate>; wikipedia.org/wiki/liste_der_laender_nach_Bruttoinlandprodukt_pro_kopf; Statistisches Bundesamt, Basistabelle, Bevölkerung unter 15 Jahren; wikipedia.org/wiki/Population_growth, zitiert United Nations Population Fund; https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt_pro_Kopf, zitiert Schätzungen IWF).

Diese Beispiele zeigen, dass wir Europäer das Elend der Welt nicht spürbar verringern, geschweige denn beheben können, so sehr diese Einsicht auch bedrückend ist. Alle Länder müssen endlich mündig werden und ihre Probleme selber lösen. Aber in unserem arroganten Überlegenheitsgefühl mischen sich unsere Staaten, d.h. „Der Westen“, seit Jahrhunderten überall ein, oft bis in unsere Tage: militärisch mit Bombenkampagnen oder als Besatzer, als Kolonisatoren, Lehrmeister für die „richtige“ Regierungsform und Menschenrechte, als Entwicklungshelfer, aber auch um die Hand auf die wichtigen dort vorhandenen Ressour-

cen zu legen. Vor nicht langer Zeit verkündete ein Schweizer „Hilfswerk“ stolz, es habe in einer Gegend in Afrika eine lokale Wasserversorgung eingerichtet. Selbst eine solche, technisch nicht sehr anspruchsvolle Aufgabe kann das betreffende Land auch nach 60 Jahren Entwicklungszusammenarbeit und vielen Tausend Milliarden dafür ausgegebener Dollars anscheinend immer noch nicht selber lösen.

Länder haben selber ihre Probleme zu lösen. Sie müssen lernen, für sich selber verantwortlich zu sein. Wir müssen dabei aber ehrlicherweise auch die Tätigkeiten beenden, die wir dort im Namen der Globalisierung ausüben, um unsere Interessen durchzusetzen, denn damit schaden wir den dortigen Menschen: Es geht nicht an, Ressourcen dieser Länder aufzukaufen und zu plündern; sie zum Import unserer billigeren Güter zu zwingen, die ihre eigenen ineffizienten Produktionsformen zerstören; ihnen unsere politischen Systeme, Regierungsformen und Verwaltungssysteme, uns genehme Staatspräsidenten und Regierungsglieder und unsere Vorstellungen von Recht aufzuzwingen und schliesslich den kleinen Teil gut ausgebildeter Menschen zu uns zu locken.

China hat uns vor kurzem vorgemacht, wie rasch ein Volk an die Spitze gelangen kann, wenn es sein Schicksal selber in die Hand nimmt und die nötigen Massnahmen trifft. Das wird anderswo nicht einfach sein. Bei den Finanzfürsten angefangen bis zu den von

Steuergeldern und Spenden gut lebenden „Entwicklungshelfern“ und internationalen Organisationen sind inzwischen viele selber direkt daran interessiert, dass alles so wie bisher weiterläuft. Ganz abgesehen von den strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Grossmächte, aber auch anderer entwickelter Staaten.

Donald Trump, der nächste US Präsident hat bereits angekündigt, dass er die grenzenlose Einmischung der USA beenden will. Es ist zu hoffen, dass er das auch tut.

1.12

Megaverstädterung

Eine weitere beunruhigende Entwicklung ist die Megaverstädterung, das Entstehen gigantischer Städte. Viele haben grosse Slums. Gegenwärtig gibt es weltweit bereits rund 40 Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern. Sie verteilen sich auf alle Kontinente. In China gibt es schon fast 200 Städte mit je einer bis zu mehreren Millionen umfassenden Bevölkerung. An der Weltpitze stehen Tokio mit rund 36 Millionen Einwohnern, Chongqing mit 33 Millionen, Mumbai, Mexiko-Stadt, Sao Paulo, New York, alle mit bereits rund 20 Millionen. (Quelle: <http://www.bpb.de/themen/MUUWQI,0,Megast%E4dte.html>; sie stützt sich auf United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2006). World Urbanization Prospects: The 2005 Revision. Working Paper No.

ESA/P/WP/200; »www.un.org/esa/«).

Die Bewegung vom Land in die Stadt geht schnell weiter und es wird geschätzt, dass in wenigen Jahrzehnten der ganz überwiegende Teil der dannzumal weit über 10 Milliarden Menschen in riesigen Städten lebt.

Betrachtet man diese Verstädterung im Licht der erwarteten Zunahme der Weltbevölkerung und der gleichzeitig voranschreitenden Zerstörung der natürlichen Umwelt, so kann man sich wohl fragen, ob das die Welt ist, die wir wollen. Man muss dazu noch davon ausgehen, dass Teile dieser Städte aus riesigen, aus Kartonschachteln, Ästen, Brettern, Plastik und Weltblech bestehenden Slums bestehen werden, mit ungenügender Wasserversorgung und Abwasserentsorgung oder völlig vernachlässigten Stadtteilen mit zerfallenden Gebäuden, wie heute schon in vielen Weltteilen. Vielleicht wird sogar die Schweiz in den Städten heruntergewirtschaftete, zerfallende Quartiere mit viel nicht zu kontrollierende Kriminalität und verschiedensten abgeschotteten Bevölkerungsgruppen aufweisen, wie das punktuell ja schon heute der Fall ist. Berücksichtigt man unsere Unwilligkeit, in unserem Konsumrausch in der gegenwärtigen Verhättschelungsphase sich mit den grossen, die Zukunft betreffenden Fragen zu befassen und langfristig tragfähige Lösungen zu finden - dazu würde auch die Sicherheit, d.h. die Armee gehören - so werden wir das erst merken, wenn es nicht mehr übersehen werden kann und zu spät ist.

1.13

Verlust der eigenen Identität

Wie schon in den Prämissen angedeutet, gehört der Mensch verschiedensten Gemeinschaften an: Angefangen bei der Familie bis hinauf zum Staat, dessen BürgerIn er oder sie ist. Jede menschliche Gemeinschaft hat ihre eigene Identität, d.h. Kultur, Rechtssystem und Regeln, Wertvorstellungen, Wissen und Glauben, Verhaltensweisen, Umgangsformen etc. Ohne eine gemeinsame Identität kann eine Gemeinschaft nicht funktionieren. Zum Teil bestehen zwischen den Identitäten der verschiedenen staatlichen oder anderen Gemeinschaften derart grosse Unterschiede, dass dadurch ein Zusammenleben in einer gemeinsamen Gesellschaftsordnung sehr erschwert, im Extremfall verunmöglicht wird.

Seit es den Menschen gibt, ist er aus- und eingewandert. Aber die Auswirkungen dieser Bewegungen auf die Auswanderer- und Einwandererländer hängen vom Mass ab, d.h. der Anzahl der davon betroffenen Menschen, ihrer sozialen Stellung, aber auch davon, aus wie vielen unterschiedlichen Staaten oder anderen Gemeinschaften mit einer starken eigenen Identität, z.B. Muslime, sie stammen, und schliesslich, ob sie integrationswillig sind oder ihre Identität einer anderen gewaltsam aufdrängen wollen oder nicht. Je nachdem werden die Einwanderer vom Gastland integriert, oder bilden eigene,

mit dem Gastland nicht verbundene, ein Eigenleben führende Gemeinschaften, oder führen zur Vernichtung der Identität des Gastlandes, wie z.B. die der Ureinwohner der USA. Die Auswandererländer verlieren dabei – auch das ist heute typisch – neben den sehr Armen auch die gut ausgebildeten Menschen, die sie an sich dringend bei sich selber benötigen würden. Uns wir eingeredet, ohne diese gut ausgebildeten Einwanderer würden unsere Wirtschaft untergehen.

Je mehr gemeinsame Wurzeln unterschiedliche Gemeinschaften haben, desto leichter wird die gegenseitige Anpassung, wie z.B. die der Ungarn, die in den 1950er-Jahren nach der Besetzung durch die Truppen des Warschauer Paktes bei uns Schutz suchten.

Da die Globalisierung alle Grenzen niederreisst, bedeutet das, dass immer mehr Menschen aus immer mehr Gemeinschaften mit unterschiedlichen Identitäten zu uns kommen. So haben vermutlich die traditionell eher obrigkeitshörigen Bürger eines formell demokratischen Nachbarstaates - auch wenn sie inzwischen zu hunderttausenden eingebürgert sind und bereits zahlreiche Führungspositionen in unserer, überwiegend in der Hand fremden Kapitals befindlichen Konzerne und grossen Unternehmen inne haben - sehr wenig Verständnis für die in der Vergangenheit tragenden drei Säulen unseres Landes: Die direkte Demokratie, die Unabhängigkeit im Verbund mit

strikter Neutralität, und vor allem eine kriegsverhindernde Milizarmee.

Die Einladung Europas, hierher zu kommen und sich von den Sozialwerken zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und Wirtschaft aushalten zu lassen, wurde bis in den hintersten Winkel der Erde gehört. Falls wir keine drastischen Massnahmen dagegen ergreifen, z.B. die Boote mit den Einwanderern an die Ausgangspunkte zurückschleppen, statt sie wenige Kilometer vor den Häfen, wo sie die Schlauchboote besteigen, mit unseren Schiffen abzuholen, oder sie per Flugzeug zurück in ihre Heimatländer befördern, oder die Grenzen zu schliessen, wird Europa in den nächsten Jahren von einer nicht zu bewältigenden Flut von Menschen überschwemmt werden, seine gut organisierten Staaten werden im Chaos versinken und es wird seine Identität verlieren. Diese Flut genügt, um die europäische Zivilisation auszulöschen.

1.14

Zunahme von Konflikten

Alle hier genannten Entwicklungen sowie die mit der Globalisierung und dem Entstehen einer neuen Weltordnung verbundenen Probleme verstärken sich gegenseitig. Sie lassen die Spannungen in der Welt weiter ansteigen und machen es laufend wahrscheinlicher, dass sie sich in einer zunehmenden Zahl von kleinsten bis grossen kriegerischen Konflikten oder flächen-

deckenden, chaotischen, mit Gewalt verbundenen Zusammenbrüchen entladen werden. Da wir unsere Armee abgeschafft haben, können wir nicht mehr verhindern, mit einbezogen zu werden.

1.15

Fehlender Überblick, zunehmende Komplexität

Die Vielfalt von Problemen und deren Vernetzung liessen es an sich als wünschenswert erscheinen, dieses Bild überblicken zu können, um dann die richtigen langfristigen Entscheide zu fällen. Schon in den einzelnen Staaten, auch in der Schweiz, denken aber weder die Regierung, noch die ParlamentarierInnen und Verwaltungen langfristig. Glaubt man an Berichte über Bundesratssitzungen, so gibt es dort praktisch keine langfristige gemeinsame Regierungspolitik.

Offenbar hat man keine Übersicht über unser Land, über die Entwicklung der Welt und das, was gilt. Dabei erlassen staatliche Stellen jährlich tausende von Seiten neuer Gesetze und Vorschriften, die ihrerseits den Überblick noch weiter erschweren und die Freiheit von Menschen und Firmen zunehmend einschränken. Das war auch die Meinung eines immer noch sehr prominenten Mitgliedes der Bundesversammlung in einem Gespräch im privaten Kreis:

Beim Bundesrat angefangen habe in „Bern“ niemand mehr den Überblick, wobei die sehr fähige Person noch selbstkritisch, aber bemerkenswert ehrlich anfügte: „Auch ich nicht!“.

Die gefällten Entscheide und getroffenen Massnahmen fokussieren sich nur auf die jeweils im Augenblick als dringlich empfundene punktuelle Probleme, deren vermeintliche Lösung dann anderswo neue Probleme schaffen. Das Bild eines mit einer Gummidecke überspannten Schwimmbeckens drängt sich auf. Man glaubt, durch Druckausübung an einem Punkt das dortige Problem zu lösen, und merkt nicht, dass sich dadurch der Wasserspiegel im ganzen Becken erhöht und dadurch im ganzen Becken eine neue Lage geschaffen wird.

Die Globalisierung und die in ihrem Dienst stehende, ebenfalls von grossen Konzernen kontrollierte digitale Welt führt ebenfalls zu einer immer weiter zunehmende Komplexität und Abhängigkeit in allen Bereichen.

1.16

Zerstörung der Welt.

Fasst man all das zusammen, so kommt man zum Schluss, dass wir daran sind, die Welt als lebenswerten Wohnort der Menschen zu zerstören. Sollte es zu einem Atomkrieg kommen – was möglich ist – geht es schnell. Andernfalls wird sich der Prozess über einige Jahrzehnte hinziehen, sodass es die mei-

sten Menschen nicht wirklich merken und sich graduell an einen immer tieferen Lebensstandard und unwirtlichere Umwelt gewöhnen werden, bis zum Untergang der Spezies.

Für die meisten Menschen, die in Zukunft in diese Welt neu hinein geboren werden – darunter auch viele bei uns - wird das alles so normal sein, wie heute schon für die Kinder in den grossen Slums, Favelas und wie die Armutsviertel heissen. Sie kennen keine anderen Lebensumstände. Neben ihren Hütten aus Müll mit Wellblechdach spielen sie auf dem flachgetretenen Erdboden in zerschlissenen Kleidern barfuss fröhlich mit einer leeren Büchse Fussball, während ihre Väter als Mitglieder von Verbrechersyndikaten vielleicht gerade mit einem Überfall beschäftigt sind.

Daneben wird es auch ansprechende Stadtteile geben, die noch einigermaßen funktionieren. Dazu selbstverständlich glitzernde Zentren des Luxuslebens für die Finanzfürsten, Luxusresorts mit Golfclub und Flugplatz für deren Privatflugzeuge, komfortable Siedlungen für die Sicherheitskräfte und das ganze Angebot an Luxusgütern und Dienstboten, das sie selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen.

2. WIE WEITER?

Das nicht sehr erfreuliche Bild, das hier gezeichnet wurde, hat das grosse Pro-

blem des gewaltsamen Durchsetzens ihrer Interessen durch die Mächte im Rahmen des Kampfes um die neue Weltordnung nur am Rande gestreift. Es kompliziert das Problem noch zusätzlich, soll aber hier nicht weiter besprochen werden.

Unser Volk muss endlich aufwachen und zur Kenntnis nehmen, dass unser hoher Lebensstandard kein Perpetuum Mobile ist, sondern einen starken, gut funktionierenden, von seinen BürgerInnen aktiv unterstützten und vor allem die Sicherheit gewährleistenden Staat und eine produktive, innovative Wirtschaft braucht. Wir müssen die Schweiz auf schon bald gefährlich werdende Folgen der Entwicklung vorbereiten. Das heisst, heute damit anzufangen Massnahmen zu treffen, die die negativen, teilweise katastrophalen Folgen dieser Entwicklung möglichst fernhalten oder stark mildern und vor allem, sicherstellen, dass wir auch in Zukunft, selbst in denkbaren grossen Katastrophen, noch weitgehend selber über das Schicksal unseres Landes entscheiden können und nicht von anderen abhängen, die unter Verfolgung ihrer eigenen Interessen beschliessen, was mit uns geschehen soll.

Es ist noch nicht zu spät, die immer kritischere Entwicklung in eine Richtung zu steuern, die längerfristig besser ist, als unsere Souveränität im Rahmen der Globalisierung weiter abzubauen. Es kann hier nicht darum gehen, die nötigen Massnahmen im Detail auszulisten.

Diese müssen von Regierung, Parlament und Volk und innerhalb der bei uns noch üblichen Prozesse formuliert und bestimmt werden. Aber die mögliche Richtung soll hier aufgezeigt werden.

An erster Stelle steht die Notwendigkeit, uns ganz selbstverständlich, formell und aktiv wieder zu unseren tragenden Säulen zu bekennen und die begangenen Fehler zu korrigieren. Die Säulen wurden hiervor schon in Erinnerung gerufen:

Direkte Demokratie, Unabhängigkeit und strikte Neutralität, kriegsverhindernde Armee.

2.1

Direkte Demokratie

Mit der direkten Demokratie haben wir ein weltweit einmaliges politisches System. Es ist zwar langsam und kompliziert, aber per Saldo immer noch viel besser und billiger als die Systeme anderer Länder, in denen sich oft grosse gesellschaftliche Spannungen aufbauen, die sich von Zeit zu Zeit in sehr gewalttätigen Protesten entladen oder extreme Parteien entstehen lassen, weil das Volk keine Möglichkeit hat, an der Debatte teilzunehmen und dann zu entscheiden.

Schaut man ins staatspolitisch extrem konzentrierte Nachbarland Frankreich, in dem die Bürger auf allen Stufen, d.h.

Wohngemeinde, Departement und Staat, ausser den Wahlen, gar keine Möglichkeit haben, mitzureden, so sieht man dort alle paar Jahre flächen-deckende, gewalttätige Unruhen.

Wir müssen uns mit aller Kraft gegen jeden Versuch der sogenannten „Elite“ zur Wehr setzen, unsere Volksrechte einzuschränken und deren Inanspruchnahme zu erschweren (Anzahl benötigter Unterschriften für Referendum und Initiative, Verkürzung von Fristen etc.), weil sonst nur noch Bewegungen, die über sehr viel Geld verfügen, diese demokratischen Instrumente benützen können.

Beunruhigend ist, dass beim Sammeln von Unterschriften für das WEA-Referendum in Basel-Stadt mindestens jede und jeder Zwanzigste der Angesprochenen erklärte, die Bürgerrechte bewusst nicht mehr wahrzunehmen und das Unterzeichnen des Referendums als „Zeitverschwendung“ abzulehnen, „da die oben“ ohnehin machten, was sie wollten. Wir müssen damit rechnen, dass diese Gruppe wegen des eidbrüchigen Bundesrates und Parlamentes in den nächsten Jahren rasch wachsen und unter Umständen gewaltbereit werden wird. Das ist keine schöne Aussicht!

2.2 Unabhängigkeit, strikte Neutralität und starke Armee

Weltweit wurden wir – wie der Verfasser bei seiner weltweiten Tätigkeit immer wieder erfuhr - bis in die jüngere Vergangenheit als wirklich unabhängiges und neutrales Land gesehen, das zudem als das friedfertigste und gleichzeitig wehrhafteste wahrgenommen wurde. Diesen Zustand müssen wir wieder herstellen, d.h. wieder ein selbstbestimmtes, selbständiges Land werden, dessen Regierung sich bei ihren Kontakten mit anderen Regierungen und internationalen Organisationen nicht untertänig und in vorseilendem Gehorsam unterwirft, sondern sich bewusst ist, dass sie in aufrechter, würdiger Haltung – aber ohne Arroganz - unser Land und seine einmalige politische Kultur zu vertreten hat.

Es gibt wenig BürgerInnen unseres Landes, die sich dessen bewusst sind, dass wir das einzige Land der Welt waren, dass eine ethisch vertretbare Armee hatte, eine Armee, die nur Krieg geführt hätte, wenn wir angegriffen worden wären.

Diese Sicht auf unser Land ermöglichte es ihm in der Vergangenheit, in Konflikten von allen Parteien als ehrlicher, unbeteiligter Vermittler angerufen zu werden. Diese Möglichkeit, sich aktiv für eine friedlichere Welt zu engagieren, setzen wir selber mit unserer immer en-

geren Anbindung an die militärischen Interessen der USA und NATO aufs Spiel. Am 26.02.2013 erschien in der GLOBALTIMES, der Tageszeitung der kommunistischen Partei Chinas, ein Artikel eines hohen leitenden Mitarbeiters des bekanntlich für die Aussenpolitik der USA zuständigen US Senats, der wörtlich zu den verschiedenen „Partnerschaften“ der NATO schrieb: „Die NATO greift im Interesse aussenpolitischer Interessen der USA in den Asiatisch-Pazifischen Raum ein. Um ihr Operationsgebiet auszuweiten, hat die NATO neue Mechanismen wie die Partnerschaft für den Frieden (u.a.) ...geschaffen.“ Sehen uns die nicht zu den Allianzen der USA gehörenden Mächte noch als neutral? Wahrscheinlich nicht. Wir müssen fordern, dass die Schweiz ihre Anbindung an die NATO aufgibt, oder eine gleichwertige mit Russland oder dessen Verteidigungsbündnis aufbaut.

In seiner Rede vom 20.11.2012 an der ETHZ forderte der damalige Generalsekretär der NATO, A.F. Rasmussen, die Schweiz müsse sich noch enger an die NATO binden, damit sie „nicht abseits stehe“. Es ist nicht an der NATO zu bestimmen, ob wir abseits stehen oder nicht, und was darunter zu verstehen ist. Die Schweiz war schon lange vor der NATO weltoffen und stand nie abseits und wird auch in einer hoffentlich wieder selbstbestimmten Zukunft nicht abseits stehen.

Wie schon gesagt, haben wir die Armee mit der WEA praktisch abge-

schaft. Sie kann den entscheidenden Artikel des Haager Abkommen vom 18.10.1907 und die dort definierte Pflicht des Neutralen nicht mehr erfüllen: Art. 5: Eine neutrale Macht darf auf ihrem Gebiet keine der in Artikel 2-4 bezeichneten Handlungen dulden.“

In diesen Artikeln 2-4 wird festgelegt, welche Handlungen die Kriegsparteien auf dem Gebiet des neutralen Staates nicht unternehmen dürfen, zusammengefasst: Sie dürfen dessen Territorium, dazu gehört heute auch der Luftraum, nicht für ihre Zwecke brauchen. Wir müssen das laut Haager Abkommen „gewaltsam verhindern“, wobei dieses „gewaltsame Verhindern“ laut Art. 10 der Haager Konvention von 1907 ausdrücklich nicht als kriegerische Handlung klassiert wird. Wörtlich wird dort gesagt:

„Die Tatsache, dass eine neutrale Macht eine Verletzung ihrer Neutralität selbst mit Gewalt zurückweist, kann nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden“.

In einem Buch von 1997 zur Rechtslage der Neutralität steht auf Seite 100: Ein neutraler Staat muss als „Mindestbedingung“ vermeiden, „so wehrlos zu erscheinen, dass andere Staaten eine Einzelaktion gegen ihn ohne grossen Zeitaufwand für erfolgversprechend halten.“
(Quelle: Pieper Ulrike: Neutralität von Staaten, 1997, Seite 100.)

Nicht nur die Generalstäbe aller möglicherweise in einen künftigen Krieg in Europa verwickelten Mächte wissen bereits, dass heute und in der voraussehbaren Zukunft ein Angriff auf die Schweiz „ohne grossen Zeitaufwand“ erfolgversprechend sein wird. Das ist heute auch zahlreichen internationalen Medien, und auch vielen Menschen in der ganzen Welt bekannt, selbst in China, wie der Verfasser 2014 bei einem Nachtessen mit einer chinesischen Führungsperson in Beijing zu seinem Schmerz erfuhr. Auf die Frage, warum unser Land, das „reichste der Welt, seine Armee abgeschafft habe“, hatte der Verfasser keine Antwort.

Was für ein Kontrast zum 2. Weltkrieg, als alle bedeutenden europäischen Mächte die Option einer Besetzung der Schweiz oder eines Durchmarsches prüften und zum Schluss kamen, es sei zu aufwändig oder, wie zusätzlich mehrmals im Falle Deutschlands, die für einen Angriff als notwendig erachteten zahlreichen Truppen gar nicht verfügbar waren. Selbst die so mächtigen und inzwischen kriegserfahrenen USA prüften auf Wunsch Stalins einen Angriff auf Deutschland durch die Schweiz, weil die Alliierten 1944 lange an der deutschen Front in Frankreich stecken geblieben waren. Die USA kamen zum Schluss, der Erfolg eines solchen Unternehmens sei angesichts der kleinen, aber „anerkannt effizienten Schweizer Armee“ im Kampf auf ihrem eigenen Boden „zweifelhaft“ („doubt-

ful“). Falls es dem neuen US Präsidenten, Donald Trump gelingt, wie von ihm als Wunsch angemeldet, mit Russland wieder ein einvernehmliches Verhältnis aufzubauen, haben wir vielleicht genügend Zeit, allerdings nur mit einer extremen finanziellen und personellen Anstrengung noch vor einem nächsten Konflikt wieder eine kriegsverhindernde Armee, einschliesslich einer starken Luftwaffe und Luftabwehr, aufzubauen. Falls es Trump nicht gelingt, bleibt uns keine Zeit mehr. Dann werden wir, da selbstverschuldet wehrlos, in einen Krieg oder grossflächige, chaotische, mit Gewalt verbundene Zusammenbrüche in unserer Nachbarschaft mit hineingezogen.

Alle BürgerInnen sind aufgerufen, sich für den Wiederaufbau einer verfassungsmässigen Armee einzusetzen. Laut Art. 58 der Bundesverfassung muss sie „kriegsverhindernd“ sein, d.h. so stark, dass wie seit bald 200 Jahren, alle potenzielle Feinde zum Schluss kommen, ein Angriff sei zu aufwändig. Die Ausbildung und Dienste müssen sehr hart sein und realistisch darauf vorbereiten, sich auf einem bestialischen Schlachtfeld auf Dauer zu behaupten. Wie der Generalstabschef der US Armee am 4. Oktober 2016 sagte, müssen die Truppen wieder lernen, ohne elektronische Kommunikation zu kämpfen und sich wieder mit Kompass und Karte zurecht zu finden.

Die Kosten der durch einen Krieg verursachten Zerstörungen sind viele hun-

dert mal höher als die Kosten einer starken Armee. Dazu kommen die unendlichen Gräueltaten und Leiden eines Krieges, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lassen. Aber beides wollen wir unserem Volk ersparen. Wir müssen das sehr schnell an die Hand nehmen und bedeutende Mittel dafür bereitstellen, denn wenn sich die Lage zwischen dem „Westen“ und Russland trotz der Absicht des neuen US-Präsidenten verschlechtern sollte, könnten wir nicht mehr viel Zeit haben.

Gleichzeitig müssten wir auch im Interesse unserer langfristigen Überlebensfähigkeit als Gesellschaft unsere Verhättschelungskultur beenden. Buben müssen wieder normale Buben sein dürfen, anstatt mit Ritalin „ruhig gestellt“ zu werden. Unsere BürgerInnen müssten wieder begreifen, dass ein gut funktionierender Staat nur dann überlebt, wenn seine Menschen bereit sind, sich für ihn - im schlimmsten Fall sogar mit ihrem Leben - einzusetzen und dabei auch Härte und Disziplin zu zeigen.

2.3

Globalisierung selbstbestimmt stark begrenzen.

Die Globalisierung muss selbstbestimmt stark begrenzt werden. Die dafür notwendigen Massnahmen bedingen, dass wir darauf verzichten, unseren bereits extrem hohen Lebensstandard noch weiter in Richtung Luxus zu treiben. Wir müssen uns auf ein

in der voraussehbaren Zukunft sich verschlechterndes Umfeld vorbereiten. Dabei gelten laut Meinung des Verfassers folgende Richtlinien:

2.3.1

Einwanderung einstellen.

Die begonnene gewaltige Völkerwanderung kann nur mit drastischen Massnahmen gestoppt werden. Wir müssen von allen Völkern fordern, ihre Souveränität ernst zu nehmen und selber die volle Verantwortung für sich zu tragen. Es muss weltweit bekannt gemacht werden, dass wir grundsätzlich niemanden mehr aufnehmen, der nicht auf ordentlichem Weg und mit einer Arbeitsbewilligung einreist. Wer illegal einreist, muss zurückgeschickt werden. Es darf aber auf keinem Fall mehr vorkommen, dass beschlossen wird, Menschen, die die Gesetze ihres Landes brechen, bei uns aufgenommen werden, mit der Begründung, dass dort dieser Gesetzesbruch hart bestraft werde. Es ist überhaupt nicht die Aufgabe der Schweiz, die Gesetze anderer Länder zu beurteilen und sich dort einzumischen, obschon das bisher Teil des arroganten westlichen Überlegenheitsgebarens war.

Wie jedermann weiss, kommen massenweise junge, überwiegend männliche Eritreer zu uns. Damit haben wir uns ein lange dauerndes und sehr teures Problem geschaffen. Es genügt, sich dort um die im Lande geltenden

Dienstpflicht zu drücken, um bei uns als „Flüchtling“ aufgenommen zu werden. Jeder dort weiss das inzwischen.

Eritrea, ein sehr armes Land, war bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts Teil von Äthiopien. In einem blutigen Bürgerkrieg hat es erst vor rund 20 Jahren seine Unabhängigkeit erkämpft. Immer wieder, auch 2016, fanden an der Grenze zu Äthiopien Gefechte zwischen den beiden Armeen statt und Äthiopien drohte mit totalem Krieg, denn es hat diese Abspaltung noch nicht wirklich akzeptiert. Die harte Dienstpflicht in Eritrea muss auch in diesem Kontext gesehen werden. Die Schweiz darf junge Eritreer nicht mehr dabei unterstützen, die Gesetze ihres Landes zu brechen und sie dafür mit einem vom Schweizer Steuerzahler finanzierten guten Leben bei uns zu belohnen.

Manche könnten sagen, die hier ausgedrückte Haltung sei unmenschlich. Aber ist es menschlich, hilft es den armen Ländern und ihren Menschen, auch noch unsere eigenen, gut funktionierenden sozialen modernen Staaten zu ruinieren und durch eine Politik, die die Realität der Welt leugnet, in Armut und Chaos zu stürzen?

Den zahlreichen Menschen, die wir bereits aufgenommen haben, müssen wir mit einer grossen Anstrengung helfen, eine unserer Sprachen zu lernen, eine gute Schulbildung und dann Berufsbildung zu erwerben und vor allem, die

Geisteshaltung (Selbstdisziplin, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Gleichberechtigung von Frau und Mann und vieles anderes) anzunehmen, ohne die eine moderne Gesellschaft nicht funktionieren kann. Das kann nicht in einem Klima der Verhätschelung, des „alles verstehen und alles entschuldigen“ stattfinden. Wir müssen an die Eingewanderten in diesem jahrelangen Lernprozess – ja, es ist ein jahrelanger Prozess - Forderungen stellen und durchsetzen, dann können sie im Leben so weit kommen, wie die grosse Mehrheit bei uns. Und sie sind dann in der Lage, unser Land mit zu tragen und ihm wieder etwas von dem zurück zu geben, was wir ihnen in den ersten Jahren gegeben haben. Das entspricht zwar nicht den heutigen Vorstellungen von gut gemeinter politischer Korrektheit, aber es gibt keinen anderen Weg, wollen wir in Zukunft nicht abgeschotterte Quartiere mit ausgegrenzten, kriminellen Gesellschaften in unseren Städten und unser Land dabei in jeder Beziehung ruinieren.

2.5

Keine Unterwerfung unter Gremien der „Weltgemeinschaft“ oder anderer Gemeinschaften

Wir dürfen uns nie in eine Lage begeben, in der wir unwiderruflich von Gremien ausserhalb unseres Landes abhängig werden. Die UNO als oberstes Organ der „Weltgemeinschaft“ behandelt nicht alle Staaten gleich. Warum sollen die 8.5 Millionen Einwohnern der

Schweiz Entscheiden des UNO-Sicherheitsrates unterworfen wenn, wenn Staaten mit insgesamt 2000 Millionen Einwohnern tun und lassen dürfen, was sie wollen, aber nie verurteilt werden können, weil sie über das Vetorecht verfügen?

Aus Neutralitätsgründen darf die Schweiz keinesfalls Mitglied des Sicherheitsrates werden, auch wenn der Bundesrat das anstrebt, denn dann müsste sie bei Fragen über Massnahmen gegen Drittstaaten Stellung beziehen, d.h. sich dadurch dort einmischen.

Schweizer Gerichte müssen den letzten Entscheid in Rechtsfragen haben. Es ist nicht einzusehen, warum RichterInnen an einem europäischen Gerichtshof, die aus z.B. Aserbeidschan, Armenien, Deutschland, Frankreich, Malta, Mazedonien stammen, besser über Menschenrechtsfragen entscheiden können sollen als Schweizer RichterInnen.

2.6

Keine Globalisierung unserer Grundversorger

Auf die unannehmbare Stellungnahme vom 22. Januar 2017 in der SONNTAGSZEITUNG von Frau Bundespräsidentin Doris Leuthard wurde schon hingewiesen.

Es sollte auf der Stufe der Bundesverfassung festgehalten werden, dass

sämtliche lebenswichtigen Dienste, wie z.B. die Versorgung mit Trinkwasser und Strom, die Abwasser- und Müllentsorgung, die Telekommunikation, die Post, und vergleichbare Dienste im Besitz der öffentlichen Hand (Gemeinde, Kanton, Bund) sein müssen oder, falls überwiegend in privater Hand, dass das Kapital mehrheitlich in Schweizer Hand zu sein hat und die Unternehmen von Schweizer BürgerInnen mit Wohnsitz im Land kontrolliert werden. Bei mehrheitlich privatem Eigentum an diesen Einrichtungen müssen strikte staatliche Vorgaben betr. Preise, Gewinnmarge, Unterhalt, Erneuerungen und Erweiterungen gegeben werden. Diese Vorgaben sollten die Betreiber zur Aufrechterhaltung hoch stehender öffentlicher Dienste verpflichten, aber auch vernünftige Gewinne und Abschreibungen ermöglichen und Exzesse verhindern. Grundsätzlich sollte auch die Grundausbildung und das Transportwesen überwiegend in öffentlicher Hand bleiben.

Auch die Stromproduktion, die Schaltanlagen und Übertragungsleitungen, die sich physisch auf Schweizer Boden befinden, müssen in Schweizer Hand sein und unter öffentlicher Kontrolle stehen. Es ist unannehmbar, dass unsere Wasserkraftwerke als zentraler Teil unserer Stromversorgung - die zudem aus erneuerbaren Quellen gespeist werden – im Rahmen der Globalisierung den bei unseren ausländischen Lieferanten stark subventionierten erneuerbaren Energiequellen geopfert

werden und wir in diesem Bereich noch abhängiger vom Ausland werden.

2.7

Wirtschaft kontrolliert dem Weltmarkt öffnen.

Freihandelsabkommen sind grundsätzlich vorteilhaft, heben sie doch Handelsbarrieren und Zölle auf.

Aber die Schweiz sollte in Zukunft keine Freihandelsabkommen mit Gruppen von Staaten mehr abschliessen, sondern nur noch bilaterale. Bestehende allgemeine Abkommen sollten darauf geprüft werden, ob sie unsere vitalen Interessen verletzen und gegebenenfalls gekündigt und durch bilaterale Abkommen ersetzt werden. Das wird nicht einfach zu realisieren sein.

In allgemeinen Freihandelsabkommen zwischen vielen Staaten werden immer Gremien ausserhalb der Souveränität der einzelnen Staaten geschaffen, die Entscheidungsbefugnisse haben und in Streitfällen Urteile fällen können, d.h. unsere Regierung, Parlament, Gericht und Volk entmachten. Die Schweiz (und jeder andere Teilnehmer) steht dann alleine der Gruppe gegenüber. Die Entscheide gelten auch immer für alle und nehmen auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten keine Rücksicht. Dadurch verliert die Schweiz ihre Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit.

Es ist allerdings wesentlich aufwändiger, mit jedem Handelspartner ein bilaterales Freihandelsabkommen abzu-

schliessen. Aber daraus entsteht ein Vertrag zwischen zwei ebenbürtigen Partnern. Zudem ermöglichen bilaterale Verträge eine grosse Flexibilität, d.h. sie lassen sich an die Gegebenheiten und Bedürfnissen der beiden Partnerstaaten anpassen. Und sollte ein Vertragsverhältnis scheitern, so ist nur ein Partner der Schweiz betroffen. Schliesst unser Land auch mit den grossen Staaten solche Abkommen ab, dann ist sie wesentlich weniger verletzlich, wenn einer unter ihnen unser Land durch Ausüben extremen Drucks zu Zugeständnissen zwingen will, die wir nicht machen wollen.

Ein gutes Beispiel ist das 2013 von Bundesrat J. Schneider-Ammann für die Schweiz unterzeichnete, umfassende bilaterale Freihandelsabkommen mit China, auch wenn es in der Praxis da und dort noch hapert. Die Schweiz ist rechtlich ebenbürtiger Partner des riesigen Handelspartners. Es ist geregelt, wie beide gemeinsam alle zwei Jahre die Entwicklung der Verhältnisses verfolgen, wie sie unterschiedliche Meinungen im Konsens regeln und wenn sie keinen erreichen, durch ein Schiedsgericht, in dem beide je eine Stimme haben und ein neutraler Dritter beigezogen wird, über die Meinungsverschiedenheit entscheiden. Auf beiden Seiten sind nur die eigenen, nationalen Gremien involviert. Im Falle Chinas kommt noch dazu, dass das bilaterale Verhältnis mit dieser wirtschaftlichen Grossmacht der Schweiz ein

Gegengewicht gegen die USA schafft, die bekanntlich sehr rücksichtslos ihre Interessen durchsetzen.

Die Schweiz sollte für gewisse Wirtschaftszweige, besonders die strategisch wichtigen, Grenzen festlegen für die Beteiligung und Entscheidungsbezugnis von fremdem Kapital. Diese und andere eventuelle Vorgaben müssen die Abkommen berücksichtigen.

3.

SCHLUSSWORT

Wenn wir diese Überlegungen ernst nehmen und auch wieder eine glaubwürdige Landesverteidigung aufbauen, haben wir bessere Aussichten, die nächsten Jahrzehnte überwiegend unter eigener Kontrolle - wenn auch da und dort wegen der möglichen gewalttätigen Entwicklungen mit Wunden - zu überstehen, als wenn wir der zügellosen Globalisierung freien Lauf lassen. Da der neue US Präsident auch die Nachteile der Globalisierung selbstbestimmt begrenzen will, käme er uns damit entgegen.

Ich danke H.B. und N.T, beide in Bottmingen, herzlich für die Durchsicht dieser Schrift und ihre Verbesserungsvorschläge und Korrekturen.

Gotthard Frick, Bottmingen
28. Januar 2017/

rev.5

GLOBALISIERUNG MASSIV EINSCHRÄNKEN!

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ sind parteilos und keiner politischen Partei verpflichtet.

Es ist das Ziel der „Basler Liberale Nachrichten“, Meinungen aus jeder Denkrichtung zu Wort kommen zu lassen.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ ist ein Vertreter einer liberalen und pluralen Meinungsvielfalt.

Die Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder, aber nicht notwendigerweise die der Redaktion der „Basler Liberalen Nachrichten“.

Rechtshinweise:

„Basler Liberale Nachrichten“ (BLN) ist ein freies Presseorgan in Form einer persönlichen an den Adressaten gerichteten Email und gibt Nachrichten weiter im Sinne gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention:

Artikel 10, Freiheit der Meinungsäusserung. Abschnitt 1 – Rechte und Freiheiten (Art.2 – 18 Auszug) Publiziert: 04.11 1950.

(1)

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäusserung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk, Fernseh oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2)

Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

2)

Die „Basler Liberale Nachrichten“ übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der „Basler Liberale Nachrichten“. Die Weiterleitung des Webmagazins an Personen die nicht im Abonnementverbund sind, ist nicht gestattet. Die Verwendung von Inhalten oder Teilen ist ausschliesslich an den Abonnenten der „Basler Liberale Nachrichten“ gerichtet und darf nicht weitergeleitet werden.

3)

Die „Basler Liberalen Nachrichten“ übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Seiten. Externe Links sind als solche gekennzeichnet und verweisen auf Urheberrechte Dritter. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

4)

Urheberrechte

Die Webseiten, Layout und Logo der „Basler Liberalen Nachrichten“ sind urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, die Verwendung von Abbildungen,

die elektronische Verbreitung, und die Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und die Speicherung in Datenverarbeitungsmedien, bleiben vorbehalten.

Erweiterte Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Datenschutz

Wenn Sie mittels EMail oder Onlineformular Kontakt mit „BaslerLiberaleNachrichten“ aufnehmen möchten, sollten Sie wissen, daß Ihre persönlichen Daten (Name, Mailadresse), zur Kommunikation mit Ihnen elektronisch gespeichert werden.

Diese Daten werden grundsätzlich vertraulich behandelt, keinesfalls an Dritte verkauft oder vermietet.

Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung, insbesondere soweit die Übermittlung zur Erbringung von Ihnen in Anspruch genommener Dienste erforderlich ist.

Mit der Nutzung dieser Website und der Abgabe Ihrer persönlichen Daten per EMail oder Onlineformular geben Sie Ihre Einwilligung zu der hier beschriebenen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen und auch die Löschung Ihrer Daten verlangen.

Haftungsausschluß:

1. Inhalt des Onlineangebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, die sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, welche durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden sind grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält es sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

2. Verweise und Links

Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Autors liegen, distanziert sich der Autor hiermit ausdrücklich von sämtlichen Inhalten, die auf diesen Seiten veröffentlicht werden. Diese Feststellung gilt gleichermaßen auch für Fremdeinträge in vom Autor eingerichteten Gästebüchern, Diskussionsforen und Mailinglisten.

3. Urheberrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente und Texte zurückzugreifen. Sollte sich auf den Seiten dieser Website dennoch eine ungekennzeichnete, aber durch fremdes Urheberrecht geschützte Grafik, Tondokument oder Text befinden, so konnte das Urheberrecht vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Urheberrechtsverletzung wird der Autor das entsprechende Objekt nach Benachrichtigung aus seiner Publikation entfernen oder mit dem entsprechenden Urheberrecht kenntlich machen.

Das Urheberrecht für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente oder Texte in

anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

4. Rechtswirksamkeit dieses Haftungsausschlusses

Dieser Haftungsausschluss ist als Teil des Internetangebotes zu betrachten, von dem aus auf diese Seite verwiesen wurde. Sofern Teile oder einzelne Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile des Dokumentes in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.

Auf alle Rechtsbeziehungen aus dem Vertrag zwischen der Betreiberin des Magazins und Website und dem Nutzer sowie diesen AGB ist Schweizerisches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des UNKaufrechts anwendbar.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Basel als der Sitz der Betreiberin des Magazins und Website. Die Verhandlungssprache ist ausschliesslich Deutsch.

Die Betreiberin des Magazins und Website, kann allerdings Klagen gegen den Nutzer auch an dessen Sitz oder Wohnsitz anhängig machen.

Basel, den 3. Januar 201216

Erweiterte Nutzungsbedingungen Basler Liberale Nachrichten

Alle unsere Artikel, an denen wir die notwendigen Rechte verfügen, das heisst, alle ausser Agenturmeldungen und sowie Gastbeiträgen, dürfen Sie kostenlos kopieren und auf Ihrer Website oder in einem anderen Medium publizieren.

Bitte beachten Sie folgende Punkte:

Die Artikel unterliegen der Creative Commons BYNCND 3.0 CH Lizenz und sind entsprechend gekennzeichnet. Ohne Kennzeichnung, darf der Artikel nicht weiterverwertet werden.

Artikel dürfen nicht bearbeitet werden und müssen – sofern der Artikel online publiziert wird – inklusive aller darin enthaltenen Links publiziert werden.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ muss als Quelle genannt und – wenn der Artikel online publiziert wird – auf den Originalartikel verlinkt werden.

Autorenzeile muss lauten:

Name des Autors: xxx,

Quelle: „Basler Liberale Nachrichten“.

Bilder und Grafiken dürfen verwendet werden.

Nicht zugelassen:

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht systematisch oder automatisiert kopiert werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht für politische, religiöse, rassistische Kampagnen oder in Werbekampagnen eingesetzt werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel kommerzielle Nutzung nur in Absprache mit:
blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel darf nicht im Zusammenhang mit entsprechender themenbezogener Werbung eingesetzt werden.

Bitte kontaktieren Sie:

blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

BLN 11. August 2016

Das Copyright dieser und der Folgeseiten liegt, wenn nicht anders vermerkt, bei den
„**Basler Liberalen Nachrichten**“,
Roland Keller, CH4001Basel / SCHWEIZ

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.

Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

License: CC BY 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Sie dürfen:

Teilen – das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Bearbeiten – das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung – Sie müssen angemessene Urheber und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Hinweise:

Sie müssen sich nicht an diese Lizenz halten hinsichtlich solcher Teile des Materials, die gemeinfrei sind, oder soweit Ihre Nutzungshandlungen durch Ausnahmen und Schranken des Urheberrechts gedeckt sind.

Es werden keine Garantien gegeben und auch keine Gewähr geleistet.

Die Lizenz verschafft Ihnen möglicherweise nicht alle Erlaubnisse, die Sie für die jeweilige Nutzung brauchen. Es können beispielsweise andere Rechte wie Persönlichkeits- und Datenschutzrechte zu beachten sein, die Ihre Nutzung des Materials entsprechend beschränken.

Haftungshinweis

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.